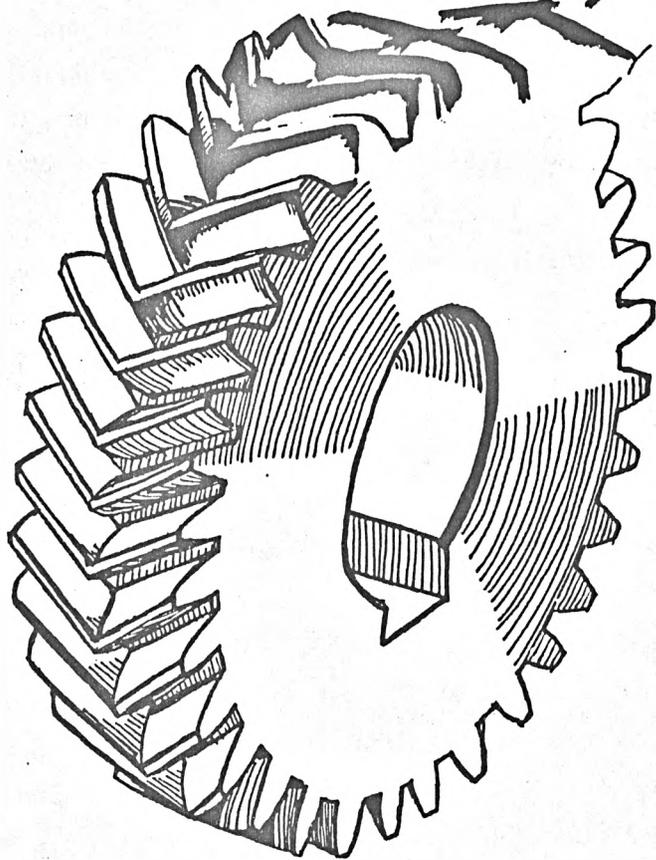


FS Maschinenbau

INFO



INHALT

PRÜFUNGSSTATISTIK	1
(die umfassendste, die es je gab !)	
THERMO - und kein Ende	9
EXKURSION	10
Was Sie schon immer über	11
STIPENDIEN wissen wollten	
WIRTSCHAFTSTEIL	16
PROF = QUALITÄT ?	19
RÄTSELTECHNIK	21
NEUES AUS'M AKW	22
1 JAHR TSCHERNOBYL	23
VOLKSZÄHLUNG	25
(Satire, Information, Zukunft)	

Mai'87

STATISTIK - das uns bekannte Wesen?

Statistik hier, Statistik dort, überall trifft man heutzutage auf dieses nette Wort. Statistik wird von vielen bedeutenden Leuten als das Allheilmittel betrachtet. Statistisch erwiesen ist

Und Statistiken gibts wirklich überall - nehmen wir als Beispiel doch mal die TH-Darmstadt:

Ihr habt sicher schon gemerkt, daß es wohl sehr viel Scheine zu machen gilt, aber man selten Scheine in die Hand bekommt. Gut, mit Papierwust hat man somit weniger im Studium zu tun - man kann sie auch weniger schnell verlieren. Aber dafür tragt ihr mit jeder abgelegten Prüfung dazu bei, daß euer Personalregister an der TH etwas voller wird. Und solcher Datenwust eignet sich dann natürlich auch zur Erstellung wunderschöner Statistiken.

Die Fachschafter haben jetzt mal die Datenbank - legal - angezapft und sich ein paar Datensätze zum Vor- und Hauptdiplom besorgt. Was dabei rauskam, könnt ihr in diesem Info lesen. Ist doch sehr interessant, daß nur etwa 9% der Erstsemester eines Jahrgangs ihr Vordiplom in der Regelzeit von 4 Semestern ablegen. Und noch krasser siehts für das Hauptdiplom aus - hier werden weniger als 2% aller Diplomanden/innen (und das sind weniger als 60% der Erstsemester) in der Regelstudienzeit von 9 Semestern fertig. BAFöG gibts im Normalfall nur bis zum 10. Semester. In diesen 10 Semestern werden allerdings auch nur 8,7% aller Diplomanden/innen mit ihrem Studium fertig. Tja, und jede/r dritte mit abgeschlossenem Vordiplom kommt in den Genuß Studiengebühren zahlen zu dürfen. Ich habe das Gefühl, daß da irgendwo was falsch gemacht wird. Sind es die Studierenden, die nicht schneller studieren wollen - oder mangels Köpfchen nicht schneller können? Oder ist es die Menge des Stoffes, die einfach nicht mit 9 Semestern Studium zu vereinbaren ist?

Die Studienreformkommission hat ihren Abschlußbericht fertiggestellt - bitte jetzt hinsetzen und festhalten: 9 Semester Regelstudienzeit ist möglich bei 46 Wochen à 50 Stunden Arbeitszeit im Jahr. Dies auch nur, wenn kein Industriepraktikum innerhalb dieser 9 Sem. abgeleistet werden muß und wenn die Studierenden zur Finanzierung ihres Studiums nicht neben dem Studium jobben müssen.

Ach so, das verfälscht also unsere liebgewonnene Statistik - ich dachte fast schon die Zahlen würden lügen. Es gibt also wohl tatsächlich noch Studierende, die in Semesterferien Geld verdienen und Praktikum machen. Vielleicht sind die auch bei den vielen Urlaubsemestern vertreten, wer weis. Ist doch ein starkes Stück, daß man hier in Darmstadt 6,75 Jahre im Schnitt zubringen muß um sein Diplom in der Tasche zu haben.

So, und jetzt wünsche ich euch noch viel Spaß - sofern noch welcher aufkommt -

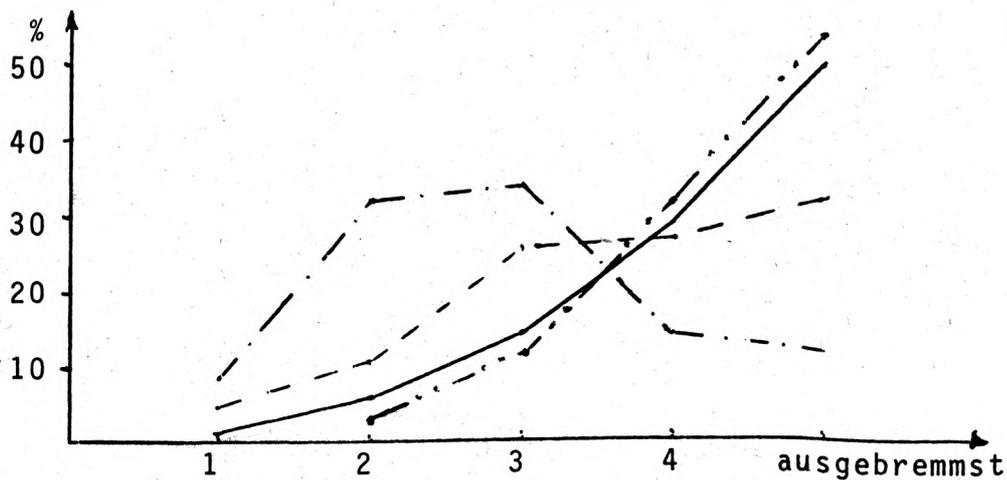
beim Durchschmökern eurer statistischen Daten. Wer mir übrigens bei der Auswertung nicht glauben will, der kann gerne im Fachschaftsraum die genannten Rohdateien einsehen.



VORDIPLOMHITLISTE

WINNER!!!!!! Thermo-Beer 49,70000%

Hier ein paar Notenverteilungen:



Thermo (nur Mb.): —————
 Thermo (nur WI.):
 TM (nur Mb) : - - - - -
 E-Technik : - · - · - ·

Der Wanderpokal "Lötlampe zum Verheizen von Studierwilligen" verbleibt weiterhin bei Thermo-Beer. Wir gratulieren für die stetige und unermüdliche Arbeit im Sinne der Dezimierung der Vordiplomabsolvent/inn/en.

Prüfungsstatistik - Auswertung

Als Grundlage der nachfolgenden Auswertung dient:

Prüfungsstatistik 1

Erfolg der Kandidaten nach Semesterzahl

Diplom Maschinenbau

Art der Zwischenprüfung: Vordiplom

Berichtsperioden: Wintersem. '82 bis Sommersem. '85

TH-Darmstadt

Diese nach Prüfungszeiträumen aufgestellte Statistik wurde von uns auf drei Erstsemesterjahrgänge zurückgeführt. Der Jahrgang Winters. 81/82 liegt dabei als kompletter Datensatz vor, für den Jahrgang Winters. 80/82 sind die Daten "Erfolg nach dem 4. Semester", für den Jahrgang Winters. 82/83 sind die Daten "Erfolg nach dem 7. und 8. Semester" nicht im vorliegenden Datenmaterial enthalten.

Diese fehlenden Daten wurden bei der folgenden Auswertung durch die Daten des kompletten Jahrgangs 81/82 ergänzt.

Nicht berücksichtigt wurden in Sommersemesterprüfungszeiträumen Erfolge nach ungeraden Semesterzahlen, in Wintersemesterprüfungszeiträumen Erfolge nach geraden Semesterzahlen. Dadurch fallen 7 Erfolge wegen unklarer Zuordnung zu den Erstsemesterjahrgängen weg (entspricht 1%).

Erfolge die mit "Anerkannt" oder "Bestanden" bewertet wurden, wurden der Abschlußnote "Befriedigend" zugeordnet (4 Fälle).

Die Anzahl der Erstsemester der jeweiligen Jahrgänge wurde den Jahrgangstatistiken der TH-Darmstadt entnommen.

Die erste Tabelle gibt die nach obigen Ausführungen nun vorliegende Verteilung der Vordiplomabschlüsse wieder. Die nachfolgenden Jahrgangstatistiken gliedert die VD-Abschlüsse nach Noten auf und enthält die Mittelwerte von Abschlußnoten (semesterbezogen, jahrgangsbezogen), die Durchschnittssemesterzahl, den Prozentsatz der Vordiplomabsolventen/innen bezogen auf die Erstsemesterzahl und die Prozentzahlen der VD-Abschlüsse nach dem i-ten Semester bezogen auf die Zahl der VD-Absolventen/innen des Erstsemesterjahrgangs.

Die letzte Tabelle ist eine Übersicht über die zuvor angegebenen VD-Abschlüsse. Bei der Berechnung des Durchschnitts wurden die Jahrgangsprozentwerte nicht gewichtet.

VORDIPLOMABSCHLÜSSE

Erstsemester- jahrgang:	Anz. 1.Sem.	SS82	WS82	SS83	WS83	SS84	WS84	SS85	WS85	SS86
Winters. 80/81	323	29* (4)	97 (5)	42 (6)	18 (7)	4 (8)	2 (9)			
Winters. 81/82	322			29 (4)	90 (5)	65 (6)	22 (7)	4 (8)		
Winters. 82/83	396					36 (4)	136 (5)	43 (6)	22* (7)	4* (8)

JAHRGANGSSTATISTIKEN

Erstsemesterjahrgang Winter 80/81

	Semesterzahl	4	5	6	7	8	9	Summe (Note)
Note								
1		-	-	-	-	-	-	0
2		16	20	-	-	-	-	36
3		13	74	33	8	2	-	130
4		-	3	9	10	2	2	26
Summe (Semester)		29	97	42	18	4	2	192 Stud.
Durchschnittsnote		2,45	2,82	3,21	3,56	3,5	4,0	2,95
Durchschnittssem.zahl		5,36						
59,6% der Erstsemester des Jahrgangs 80/81 schließen das VD ab.								
	Semesterzahl	4	5	6	7	8	9	
% des VD-Abschl.		15,10	50,52	21,88	9,38	2,08	1,04	
%-Summen			65,62		87,50			
					96,88			

Erstsemesterjahrgang Winter 81/82

	Semesterzahl	4	5	6	7	8	Summe (Note)
Note							
1		-	-	-	-	-	0
2		16	9	4	1	-	30
3		13	75	49	10	1	148
4		-	6	12	11	3	32
Summe (Semester)		29	90	65	22	4	210 Stud.
Durchschnittsnote		2,45	2,97	3,12	3,45	3,75	3,01
Durchschnittssem.zahl		5,44					
65,2% der Erstsemester des Jahrgangs 81/82 schließen das VD ab.							
	Semesterzahl	4	5	6	7	8	
% des VD-Abschl.		13,81	42,86	30,95	10,48	1,90	
%-Summen			56,67		87,62		
					98,10		

Anmerkung: Die mit "*" gekennzeichneten Daten wurden ergänzt, da keine Statistik über sie vorlag.
Als Grundlage dienten die vorhandenen Daten des Erstsemesterjahrgangs Wintersen. 31/82.

Erstsemesterjahrgang 82/83

	Semesterzahl	4	5	6	7	8	Summe (Note)
Note							
1		2	-	-	-	-	2
2		19	30	-	1	-	50
3		15	99	37	10	1	162
4		-	7	6	11	3	27
Summe (Semester)		36	136	43	22	4	241 Stud.

Durchschnittsnote 2,36 2,83 3,14 3,45 3,75 2,89

Durchschnittssem.zahl 5,26

60,9% der Erstsemester des Jahrgangs 82/83 schließen das VD ab.

	Semesterzahl	4	5	6	7	8
% des VD-Abschl.		14,94	56,43	17,84	9,13	1,66
%-Summen			71,37			

89,21

98,34

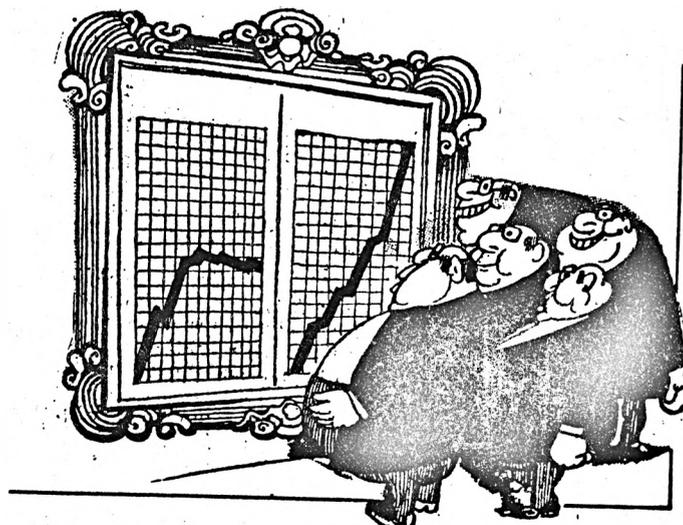
ÜBERSICHT

Vordiplomabschluß in Prozent aller Abschlüsse des Jahrgangs

Erstsem.-jahrgang	Sem.: 4	5	6	7	8	9
80/81	15,10	50,52	21,88	9,38	2,08	1,04
81/82	13,81	42,86	30,95	10,48	1,90	-
82/83	14,94	56,43	17,84	9,13	1,66	-
Durchschnitt:	14,61	49,94	23,56	9,66	1,55	0,35
%-Summen		64,55				

88,11

97,77



Interpretationen

In allen Jahrgangsstatistiken ist eine Korrelation zwischen der Abschlußnote und dem Abschlußsemester festzustellen. Bei steigender Semesterzahl verschlechtert sich die Abschlußnote.

Die Jahrgangsdurchschnittsnote bewegt sich zwischen 2,89 und 3,01. Ein eindeutiger Trend ist nicht festzustellen.

Die Durchschnittssemesterzahl bewegt sich zwischen 5,26 und 5,44. Ein eindeutiger Trend ist nicht festzustellen.

Die Prozentzahl der VD-Absolventen/innen bezogen auf die Erstsemesterzahl des Jahrgangs bewegt sich zwischen 59,6 und 65,2. Ein eindeutiger Trend ist nicht feststellbar.

Es ist eine Korrelation zwischen der Prozentzahl der VD-Absolv. bzgl. auf Erstsem. und der Durchschnittsnote des Jahrgangs sowie zur Durchschnittssem.zahl zu erkennen. Bei steigender Prozentzahl verschlechtert sich der Notenschnitt und vergrößert sich die Durchschnittssem.zahl.

Bei den Prozentzahlen des VD-Abschl. bezogen auf die VD-Absolventen ist kein Trend feststellbar.

Die "Abbrecherquote" liegt bei 40%

Den VD-Abschluß nach Studienplan (4.Sem.) machen nur knapp 9% der Erstsemester eines Jahrgangs. Die Abschlußzahlen nach dem 5.Sem. liegen bedeutend höher als die nach dem 4.Sem (Faktor 3,4!). Die Zahl der Studierenden, die nach dem 6. Sem. das VD abschließen ist um etwa das 1,6 fache größer als die Zahl der Studierenden, die nach dem 4.Sem. abschließen. Die Zahl derer, die nach dem 7.Sem. abschließen ist mit knapp 10% der VD-Absolventen nur um 1/3 kleiner als die Zahl der VD-Absolventen nach dem 4.Semester.

Da außer den oben angeführten Korrelationen keine "jahrgangsgebundenen" Trends feststellbar sind, muß davon ausgegangen werden, daß die leichten Verschiebungen der Prozentzahlen wohl eher von Jahrgang zu Jahrgang durch die Prüferzusammenstellung beeinflusst wird.



Hauptdiplomstatistik - Auswertung

Als Grundlage der nachfolgenden Auswertung dient:

- Statistik der exmatrikulierten Studenten mit Studienabschluß xx-semester xx
- Anzahl der exmatrikulierten Studenten zum xx-semester xx, Abschluß Diplomprüfung
Maschinenbau

Berichtsperioden: Sommers. '83 bi Sommers. '86
TH-Darmstadt

Die in Prüfungsabschnitte gegliederte Statistik wurde nicht auf Erstsemesterjahrgänge zurückgeführt, da eine eindeutige Zuordnung aufgrund der Urlaubssem. nicht möglich war. Die Anzahl der Studienabbrüche ist die Summe aller Exmatrikulationen ohne Diplomabschluß der Sem. 9 bis 16. Darin enthalten sind auch Hochschulwechsler (18 Fälle).

HAUPTDIPLOMABSCHLÜSSE

Semesterzahl	8	9	10	11	12	13	14	15	16	Stud.- u.m. abbruch	Summe
Prüfungsabschnitt											
Sommer '83	1	0	5	35	23	6	8	1	4	5	88
Winter '83	0	3	4	43	26	10	6	4	6	7	109
Sommer '84	0	0	10	37	26	14	7	3	6	5	108
Winter '84	0	1	2	52	24	21	9	1	6	11	127
Sommer '85	0	2	8	51	22	15	14	5	2	7	126
Winter '85	0	3	8	33	19	15	9	1	5	8	101
Sommer '86	1	1	14	33	26	17	9	2	5	9	117

ÜBERSICHT

Hauptdiplomabschluß in Prozent aller Abschlüsse des Prüfungszeitraums

Semesterzahl	8	9	10	11	12	13	14	15	16 u.m.
Prüfungsabschnitt									
Sommer '83	1,20	0,00	6,02	42,17	27,71	7,23	9,64	1,20	4,82
Winter '83	0,00	2,94	3,92	42,16	25,49	9,80	5,88	3,92	5,88
Sommer '84	0,00	0,00	9,71	35,92	25,24	13,59	6,80	2,91	5,83
Winter '84	0,00	0,86	1,72	44,83	20,69	18,10	7,76	0,86	5,17
Sommer '85	0,00	1,68	6,72	42,86	18,49	12,61	11,76	4,20	1,68
Winter '85	0,00	3,23	8,60	35,48	20,43	16,13	9,68	1,08	5,38
Sommer '86	0,93	0,93	12,96	30,56	24,07	15,74	8,33	1,85	4,63
Durchschnitt:	0,28	1,38	7,04	39,23	22,93	13,54	8,56	2,35	4,70
%-Summen		1,66		8,70		47,93		70,86	
						84,40		92,96	
								95,31	

8

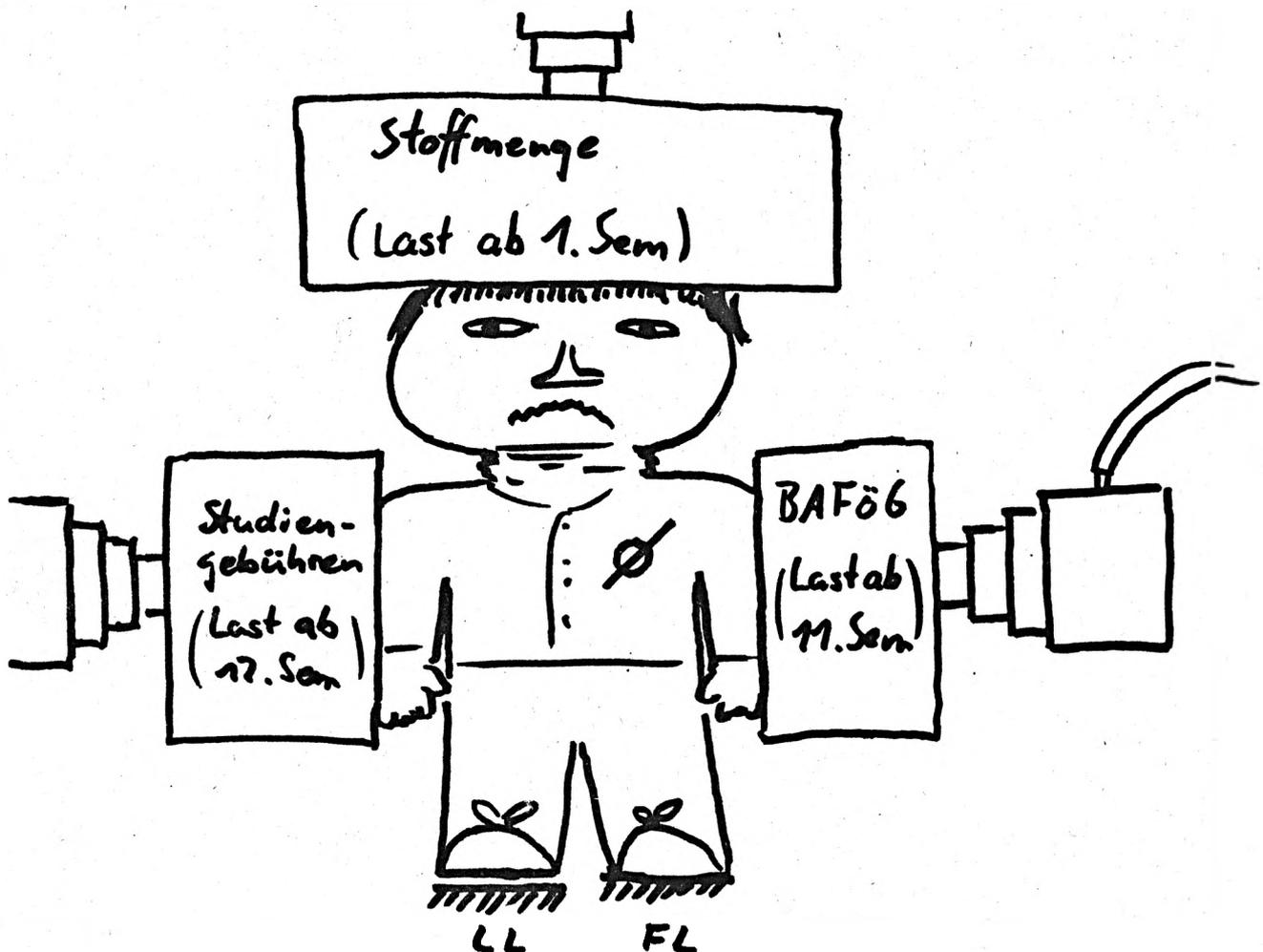
DURCHSCHNITTL. VERWEILDAUER BIS ABSCHLUSS

Prüfungsabschnitt	Fachsemester	Fachsem.+Urlaubsem.	(Anz. Url.sem)
Sommer '83	11,83	13,29	1,46
Winter '83	11,98	13,32	1,34
Sommer '84	12,03	13,45	1,42
Winter '84	12,06	13,86	1,80
Sommer '85	11,94	13,55	1,61
Winter '85	11,97	13,87	1,90
Sommer '86	11,93	13,34	1,41
Durchschnitt:	11,98	13,53	1,55

Interpretationen

In den sieben betrachteten Prüfungsabschnitten legten 724 Studierende das Diplom ab. Das ergibt einen Jahresschnitt von etwa 207 Diplomabschlüssen. 52 Studierende exmatrikulierten sich ohne Hauptdiplomabschluß (Schnitt: 14,86 Stud/Jahr). Das entspricht einem Prozentsatz von 6,70. Somit schließen 93,3% der Vordiplomanden/innen an der THD auch ihr Hauptdiplom ab.

Den Hauptdiplomabschluß nach Studienplan (9.Sem.) machen nur 1,66% der Diplomanden/innen. Selbst die Zahl der Diplomabschlüsse nach dem 15. Semester ist noch größer als die Summe der Abschlüsse nach den 8. und 9. Semester.



THESEN ZUR DURCHFALLQUOTE IN DER VORDIPLOMSPRÜFUNG IN THERMODYNAMIK

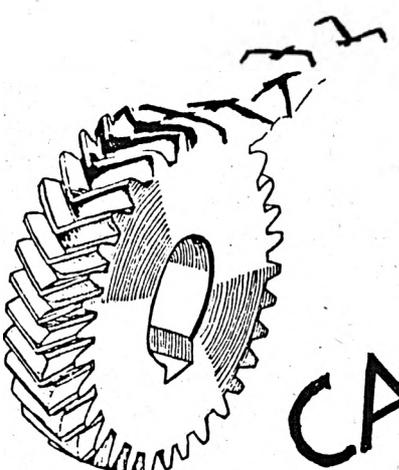
1. Es ist ein Skandal, daß Semester für Semester rund 50% der Klausurteilnehmer die Klausur nicht bestehen. Dabei sind die Wirtschaftsingenieure besonders betroffen.
2. Die vor kurzem eingeführten Tests im Rahmen der Thermodynamik - Übungen erfüllen nicht den Zweck, die Durchfallquote zu senken.
3. Form und Inhalt der Vorlesung sind zu überprüfen:
 - Die Atmosphäre der Vorlesung reizt wenig zum wachen und aktiven Zuhören und mitdenken.
 - Es ist zu überprüfen, ob es gerechtfertigt ist, daß der Inhalt der Vorlesung so umfangreich ist, sowohl im Vergleich zu anderen Hochschulen, als auch von der Bedeutung des Stoffes als Grundlage für andere Fächer her.
4. Die Form der Übungen bietet wenig Hilfe zum besseren Verständnis des Stoffes:
 - Die Atmosphäre in den Räumen mit künstlichem Licht, schlechter Luft und ständigem Geräuschpegel erschwert konzentriertes Arbeiten.
 - Kurzes Beantworten der Fragen und Aufzeigen der Lösungswege durch die Assistenten tragen wenig zu einem besseren Gesamtverständnis des Vorlesungsstoffes bei.
5. In den Klausuraufgaben bauen die verschiedenen Aufgabenteile aufeinander auf. Ein Fehler zu Beginn einer Aufgabe (z.B. Berechnung einer laminaren Strömung statt einer turbulenten; Berechnen eines Stoffzustandes im trockengesättigten statt im Naßdampfbereich) bewirkt, daß die darauf aufbauenden Aufgabenteile nicht mehr gewertet werden, unabhängig vom darauf verwandten Zeitaufwand.
6. Die Situation der Studenten ist durch folgende Punkte gekennzeichnet:
 - Es herrscht eine allgemeine Arbeitsüberlastung im 3. und 4. Semester.
 - Die These, daß die Studenten in den letzten Jahren dümmere geworden sind, während das Niveau der Thermodynamikklausuren gleich blieb, kann nicht aufrechterhalten werden. Dann hätten die Durchfallquoten in anderen Fächern ebenfalls ansteigen müssen.
7. Es stellt sich die Frage, inwieweit die hohen Durchfallquoten mit einem "Ausleseprozeß" gekoppelt sind. Weiterhin stimmt es nachdenklich, daß sich die meisten Studenten widerstandslos auslesen lassen und nicht darauf bestehen, selbst zu entscheiden, ob sie für dieses Studium geeignet sind. Ohne entschiedenes Engagement möglichst vieler Studenten ist jede Initiative der Fachschaft zur Senkung der Durchfallquoten zum Scheitern verurteilt.

Nachtrag zu den Thesen zur Durchfallquote in Thermo
oder: Tag der Arbeit

Im ewigen Kampf gegen zu hohe Durchfallquoten ließ sich Prof. Beer eine ganz neue Waffe einfallen: die FEIERTAGSÜBUNG.

Doch - man wird es nicht glauben - für Karfreitag und den 1. Mai (beides Freitage) wurden Übungen angesetzt. Auf den Übungsblättern bzw. Terminplan standen tatsächlich als Übungstermine 17.4.87 bzw. der 1.5.87 !! Für denjenigen, der zu diesen Terminen keine Zeit hatte, waren außerdem Übungssprechstunden angekündigt, allerdings fanden sie genau in der Zeit der ME III-Übung (Gleitlager!) statt.

Es scheint, als habe Prof. Beer den "Tag der Arbeit" falsch verstanden - ein taugliches Mittel, die Durchfallquoten zu senken, sind diese Feiertagsübungen nicht ! Vielleicht sollte der Vorlesungsstoff reduziert...



FS MASCHINENBAU

CAD/CAM EXKURSIONEN

Die Fachschaft Maschinenbau organisiert EXKURSIONEN zu Firmen, die bereits CAD/CAM-Technik einsetzen. Vor jeder Exkursion findet jeweils ein Vorbereitungstreffen statt.

Vorbereitungstreffen im Raum 12/144, um 16.15 Uhr	Exkursionsziel
Mittwoch, den 3.6.	-15.6.87, 13.00-16.30Uhr, Fa. HBM in Darmstadt

ANMELDELISTEN

liegen im Fachscheftraum 11/102 von Montag bis Freitag in der Zeit von 12.30-13.30Uhr aus.

Stipendien als Bildungsangebot

Wenn ich früher von Stipendien als Begabtenförderung gehört habe, dann hatte ich hornbrillentragende Streber vor Augen, die auf irgendwelchen abgehobenen geistigen Ebenen diskutieren konnten und eben zu irgendeiner "Elite" gehören. Der erforderliche Notendurchschnitt ist selbstverständlich unerreichbar, und vernünftig reden kann man mit solchen Leuten sowieso nicht, da sie einem gleich hochwissenschaftlich kommen. Den ersten Einbruch in dieses Weltbild erlitt ich, als ich nach dem Abitur von der Schule selbst für ein Stipendium vorgeschlagen wurde. Seitdem habe ich einiges Wissen über Begabtenförderung erlangt und möchte allen Interessierten davon erzählen.

Zunächst zu den Noten: Natürlich werden besonders solche Schüler und Studenten in ein Begabtenförderungsinstitut aufgenommen, die sehr gute Noten haben; der Schnitt der Abiturnoten liegt bei fast allen Stiftungen etwas über 2 - meist 2,1 oder 2,2. Somit kann sich jeder ausrechnen, daß bis zu einem Schnitt von 3,0 durchaus noch Chancen auf ein Stipendium bestehen können und außerdem wird deutlich: nicht nur die Noten sind entscheidend, es kommt noch etwas hinzu. An dieser Stelle muß ich erwähnen, daß es einen Haufen von Stellen gibt, die Stipendien vergeben, z.B. DAAD, Fullbright-Kommission usw. Manche Stipendien werden nur für bestimmte Zwecke vergeben, z.B. für ein Auslandsstudium. Ich berichte hier nur über die überregional tätigen Begabtenförderungswerke der Bundesrepublik Deutschland. Sie alle fördern Studenten im Grund-, Haupt- und Promotionsstudium. Allen ist gemeinsam, daß sie nicht nur auf gute Studienleistungen Wert legen, sondern vor allem auch auf tatkräftiges Engagement in der Gesellschaft. Hier findet sich also die zweite wichtige Bedingung für eine Förderung: Der Bewerber soll durch Engagement in irgendeinem Bereich der Gesellschaft, sei es Kirche, Gewerkschaft, Partei oder Verein, zeigen, daß ihm die Entwicklung seiner Umwelt nicht gleichgültig ist und daß er bereit ist, Zeit und Kraft in die Mitgestaltung seiner Umwelt zu stecken. Entsprechend sind 7 der 8 Begabtenförderungszwecke weltanschaulich ausgerichtet. Ich möchte hier alle mit Adresse vorstellen:

Studienstiftung des deutschen Volkes e.v.
Mirbachstraße 7
5300 Bonn 2

Diese Stiftung ist weltanschaulich neutral und das größte Begabtenförderungswerk. Um Aufnahme kann man sich nicht selbst bewerben, sondern muß von Lehrern oder Professoren vorgeschlagen werden.

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
5300 Bonn 2

Aus dem Namen unschwer zu verstehen, steht diese Stiftung der SPD nahe. Die Selbstbewerbung ist möglich.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
5205 St. Augustin 1

Die Stiftung steht der CDU nahe, auch hier ist die Selbstbewerbung möglich.

Friedrich-Naumann-Stiftung
Abteilung Begabtenförderung
Im Dol 2-6
1000 Berlin 33

Die Stiftung der FDP, ebenfalls Selbstbewerbung

Hans-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 19
8000 München 19

Diese der CSU nahestehende Stiftung ist ebenfalls überregional tätig, also nicht nur in Bayern.

Cusanuswerk
Bischöfliche Studienförderung
Annaberger Straße 283
5300 Bonn 2

Hier können sich nur katholische Studentinnen und Studenten bewerben.

Evangelisches Studentenwerk e.V.
Haus Villigst
5840 Schwerte 5

Diese Stiftung wird von allen evangelischen Landeskirchen getragen und fördert nur evangelische Studierende.

Hans-Böckler-Stiftung
Schwannstraße 3
400 Düsseldorf 30

In diese, dem DGB nahestehende, Stiftung kann man nur auf Vorschlag der Hauptvorstände der Gewerkschaften des Bundesvorstandes, der Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung und mit stimmungsberechtigten Zuwander aufgenommen werden.

Vielleicht erhebt sich jetzt bei dem einen oder anderen die Frage, ob es sich hier nicht größtenteils um die "Kaderschmiede" gesellschaftlicher Gruppen handelt. Diese Frage möchte ich aufgreifen, indem ich kurz meinen Weg in die Konrad-Adenauer-Stiftung schildere.

Zunächst wurde ich von der Schule nach dem Abitur für die Studienstiftung des deutschen Volkes vorgeschlagen. Ich erhielt einen Bewerbungsbogen, in dem ich meine Interessen Aktivitäten darlegen sollte. Dies tat ich auch; ich gab alles an, was mich interessierte und welche Bücher ich dazu gelesen hatte. Etwa ein 3/4 Jahr später wurde ich zu einem Auswahlseminar eingeladen, welches aus zwei persönlichen Gesprächen mit Mitgliedern einer Auswahlkommission und mehreren Gruppendiskussionen bestand, von denen man eine durch ein Referat vorbereiten mußte. Im Auswahlgespräch wurde mir dann deutlich, welche Fehler ich beim Ausfüllen des Bewerbungsbogens gemacht

hatte. Man wollte von mir Einzelheiten aus den von mir abgegebenen Büchern wissen, die ich nach dieser Zeitspanne von einem 3/4 Jahr und z.T. länger nicht mehr geben konnte. Die Folge war eine Ablehnung. Während des Studiums machte mich ein Kommilitone auf die Adenauer-Stiftung aufmerksam, aber ich hielt von einer neuen Bewerbung nicht viel, erstens bin ich nicht Mitglied einer CDU-Organisation, zweitens war eine Bewerbung ja schon einmal schief gegangen. Mein Kommilitone hatte jedoch nach, und nach dem 4. Semester habe ich es dann doch noch einmal versucht. Diesmal war ich in der Angabe meiner Interessen etwas zurückhaltender und gab nur Bereiche an, in denen ich wirklich besser Bescheid wußte. Auch auf diesem Auswahlseminar gab es ein persönliches Gespräch, allerdings nur eine Diskussion und dafür zwei Aufsätze; einer über ein politisches Thema (Auswahl aus 5 Themen) und einer, in welchem man das eigene Studium darstellen sollte und warum man gerade das studiert. Zusätzlich gab es einen Intelligenztest, dessen Ergebnis leider nicht bekanntgegeben wird. Diesmal klappte es, und seit dem 5. Semester bin ich Stipendiat der Adenauer-Stiftung.

Dies bedeutet für mich die Verpflichtung, an einer Anzahl Seminare teilzunehmen, von denen eines, das sogenannte "Grundseminar", inhaltlich vorgeschrieben ist. Hier werden die Grundstrukturen der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik behandelt (verschiedene Demokratietheorien, Wirtschaftstheorien, die Programme der Bundestagsparteien, das Grundgesetz und anderes).

Die finanzielle Unterstützung richtet sich nach Bafög-Leitsätzen, auf alle Fälle gibt es 150.-- DM Büchergeld monatlich. Ein Wort zu den Seminaren: Grundsätzlich kann jeder die Seminare der Adenauer-Stiftung besuchen, solange noch Plätze frei sind. Bevorzugt werden jedoch Stipendiaten. Die Seminare kosten Geld, die Reisekosten werden erstattet. Falls also jemand kein Bafög erhält, so hat er als Stipendiat den Vorteil der 150.-- DM Büchergeld, dafür muß er an einer bestimmten Anzahl von Seminaren teilnehmen. Die Förderung besteht in erster Linie im Ideellen, man soll sich während des Studiums allgemein weiterbilden (dies findet seinen Ausdruck auch darin, daß bei der Anmeldung zu Seminaren man eher einen Platz in fachfremden Veranstaltungen bekommt als in fachspezifischen).

Bei den Seminaren kann man viele Leute kennenlernen, und meine Erfahrung ist, daß auch bei einer politischen Stiftung nicht die 150%igen Anhänger zu finden sind, sondern kritische Studenten, die zwar grundsätzlich in die politische Richtung ihrer Stiftung tendieren, aber lange nicht mit allen einverstanden sind, was von der jeweiligen Partei gerade vertreten wird. Die Seminare sind keine "Kaderschmieden", sie bieten die Möglichkeit, sich über viele Themen zu informieren und auch mit anders denkenden Gruppen zu diskutieren (z.B. laden sich die Stiftungen gegenseitig zu ihren Seminaren ein, etwa wenn Parteiprogramme diskutiert werden, es werden Bürgerinitiativen besucht, etwa zum Thema Kernenergie u.a.)

Mit diesem Artikel möchte ich all denen, die sich engagieren, egal ob in Partei, Kirche, Vereinen oder Verbänden, Mut machen, ein Angebot zur Fort- und Weiterbildung wahrzunehmen und sich bei einer Stiftung zu bewerben, auch wenn sie selbst ihre Studienleistungen nicht für "überragend" halten. Ebenso bin ich gerne bereit, Tips für die Bewerbungen zu geben. Ihr erreicht mich über die Fachschaft Maschinenbau (einfach montags 19.00 Uhr erscheinen oder in der Woche mittags eine Nachricht hinterlassen).

Heinz-Joachim Schaffrath

P.S.: Dieses Angebot gilt natürlich auch für ausländische Kommilitonen; sie können sich bereits in ihrem Heimatland bewerben.

Kurzer Abriss der Nationalökonomie

Von Kurt Tucholsky

Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben. Das hat mehrere Gründe, die feinsten sind die wissenschaftlichen Gründe, doch können solche durch eine Notverordnung aufgehoben werden.

Über die ältere Nationalökonomie kann man ja nur lachen und dürfen wir selbe daher mit Stillschweigen übergehen. Sie regierte von 715 vor Christo bis zum Jahre 1 nach Marx. Seitdem ist die Frage völlig gelöst: die Leute haben zwar immer noch kein Geld, wissen aber wenigstens, warum.

Die Grundlage aller Nationalökonomie ist das sog. „Geld“.

Geld ist weder ein Zahlungsmittel noch ein Tauschmittel, auch ist es keine Fiktion, vor allem aber ist es kein Geld. Für Geld kann man Waren kaufen, weil es Geld ist, und es ist Geld, weil man dafür Waren kaufen kann. Doch ist diese Theorie inzwischen fallen gelassen worden. Woher das Geld kommt, ist unbekannt. Es ist eben da bzw. nicht da – meist nicht da. Das im Umlauf befindliche Papiergeld ist durch den Staat garantiert; dieses vollzieht sich derart, daß jeder Papiergeldbesitzer zur Reichsbank gehen und dort für sein Papier Gold einfordern kann. Das kann er. Die obere Staatsbankbeamten sind gesetzlich verpflichtet, Goldplomben zu tragen, die für das Papiergeld haften. Dieses nennt man Golddeckung.

Der Wohlstand eines Landes beruht auf seiner aktiven und passiven Handelsbilanz, auf seinen innern und äußern Anleihen sowie auf dem Unterschied zwischen dem Giro des Wechselagios und dem Zinsfluß der Lombardkredite; bei Regenwetter ist das umgekehrt. Jeden Morgen wird in den Staatsbanken der sog. „Diskont“ ausgewürfelt; es ist den Deutschen neulich gelungen, mit drei Würfeln 20 zu trudeln.

Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten.

Wenn die Ware den Unternehmer durch Verkauf verlassen hat, so ist sie nichts mehr wert, sondern ein Pofel, dafür hat aber der Unternehmer das Geld, welches Mehrwert genannt wird, obgleich es immer weniger wert ist. Wenn ein Unternehmer sich langweilt, dann ruft er die andern und dann bilden sie einen Trust, das heißt, sie verpflichten sich, keinesfalls mehr zu produzieren, als sie produzieren können, sowie ihre Waren nicht unter Selbstkostenverdienst abzugeben. Daß der Arbeiter für seine Arbeit auch einen Lohn haben muß, ist eine Theorie, die heute allgemein fallen gelassen worden ist.

Eine wichtige Rolle im Handel spielt der Export. Export ist, wenn die andern kaufen sollen, was wir nicht kaufen können; auch ist es unpatriotisch, fremde Waren zu kaufen, daher muß das Ausland einheimische, also deutsche Waren konsumieren, weil wir sonst nicht konkurrenzfähig sind. Wenn der Export andersrum geht, heißt er Import, welches im Plural eine Zigarre ist. Weil billiger Weizen ungesund und lange nicht so bekömmlich ist wie teurer Roggen, haben wir den Schutzzoll, der den Zoll schützt sowie auch die deutsche Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft wohnt seit fünfundzwanzig Jahren am Rande des Abgrunds und fühlt sich dort ziemlich wohl. Sie ist verschuldet, weil die Schwerindustrie ihr nichts



übrig läßt, und die Schwerindustrie ist nicht auf der Höhe, weil die Landwirtschaft ihr zu viel fortnimmt. Dieses nennt man den Ausgleich der Interessen. Von beiden Institutionen werden hohe Steuern gefordert, und muß der Konsument sie auch bezahlen.

Jede Wirtschaft beruht auf dem Kreditsystem, das heißt auf der irrtümlichen Annahme, der andre werde gepumptes Geld zurückerzahlen. Tut er das nicht, so erfolgt eine

sog. „Stützungsaktion“, bei der alle, bis auf den Staat, gut verdienen. Solche Pleite erkennt man daran, daß die Bevölkerung aufgefordert wird, Vertrauen zu haben. Weiter hat sie ja dann auch meist nichts mehr.

Wenn die Unternehmer alles Geld im Ausland untergebracht haben, nennt man dieses den Ernst der Lage. Geordnete Staatswesen werden mit einer solchen Lage leicht fertig; das ist bei ihnen nicht so wie in den kleinen Raubstaaten, wo Scharen von Briganten die notleidende Bevölkerung aussaugen. Auch die Aktiengesellschaften sind ein wichtiger Bestandteil der Nationalökonomie. Der Aktionär hat zweierlei wichtige Rechte: er ist der, wo das Geld gibt, und er darf bei der Generalversammlung in die Opposition gehen und etwas zu Protokoll geben, woraus sich der Vorstand einen sog. Sonnabend macht. Die Aktiengesellschaften sind für das Wirtschaftsleben unerlässlich: stellen sie doch die Vorzugsaktien und die Aufsichtsratsstellen her. Denn jede Aktiengesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der rät, was er eigentlich beaufsichtigen soll. Die Aktiengesellschaft haftet dem Aufsichtsrat für pünktliche Zahlung der Tantiemen. Diejenigen Ausreden, in denen gesagt ist, warum die A.-G. keine Steuern bezahlen kann, werden in einer sogenannten „Bilanz“ zusammengestellt.

Die Wirtschaft wäre keine Wirtschaft, wenn wir die Börse nicht hätten. Die Börse dient dazu, einer Reihe aufgeregter Herren den Spielklub und das Restaurant zu ersetzen; die frömmern gehen außerdem noch in die Synagoge. Die Börse sieht jeden Mittag die Weltlage an: dies richtet sich nach dem Weitblick der Bankdirektoren, welche jedoch meist nur bis zu ihrer Nasenspitze sehen, was allerdings mitunter ein weiter Weg ist. Schreien die Leute auf der Börse außergewöhnlich viel, so nennt man das: die Börse ist fest. In diesem Fall kommt – am nächsten Tag – das Publikum gelaufen und engagiert sich, nachdem bereits das Beste wegverdient ist.

Ist die Börse schwach, so ist das Publikum allemal dabei.

Dieses nennt man Dienst am Kunden. Die Börse erfüllt eine wirtschaftliche Funktion: ohne sie verbreiteten sich neue Witze wesentlich langsamer.

In der Wirtschaft gibt es auch noch kleinere Angestellte und Arbeiter, doch sind solche von der neuen Theorie längst fallen gelassen worden.

Zusammenfassend kann gesagt werden: die Nationalökonomie ist die Metaphysik des Pokerspielers.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und füge noch hinzu, daß sie so gegeben sind wie alle Waren, Verträge, Zahlungen, Wechselunterschriften und sämtliche andern Handelsverpflichtungen –: also ohne jedes Obligo.

1931 von Kurt Tucholsky unter dem Pseudonym Peter Panter veröffentlicht

Aus: Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke Band I, Hamburg (Rowohlt) 1960

Betrifft das Pflichtfach Wirtschaftswissenschaften:

In unserem letzten Info druckten wir die Aufstellung der Vorlesungen zum Pflichtfach Wirtschaftswissenschaften ab. Die Regelung im Hauptstudium sieht dabei vor, daß das Pflichtfach im Hauptstudium mit dem Wahlfach im Grundstudium verwandt sein muß. Das bedeutet: Wer Einführung in die Volkswirtschaftslehre im Grundstudium hört muß als Pflichtfach im Hauptstudium entweder ein Fach aus dem Block Volkswirtschaftslehre oder ein Fach aus dem Block Recht in der Volkswirtschaftslehre wählen.

Jetzt wurde diese Regelung und auch die Fächer erst gegen Ende des letzten Semesters bekannt (ein Jahr nach Inkrafttreten der neuen Ausführungsbestimmung!). Dadurch entstehen natürlich auch ein paar Sonderfälle:

- Man konnte im Grundstudium noch nicht wissen, daß man sich bei einer freien Wahl zwischen VWL und BWL für das Hauptstudium festlegt.
- Das Pflichtfach Wirtschaftswissenschaften wurde erst so spät bekannt, daß ein Abprüfen im 0-ten Abschnitt für viele nicht möglich war.
- Ein Maschinenbaustudent - eine Maschinenbaustudentin mit abgeschlossenem Vordiplom einer anderen Hochschule hat bei einem Wechsel zur THD keine Bindung an einen der Blöcke, sofern in seinem/ihrem Grundstudium kein zuordbares Fach Wirtschaftswissenschaft enthalten war.

Eine Bindung an die Vorgegebenen Blöcke wie auch das erst sehr späte Bekanntgeben der "zugelassenen" Fächer widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz.

Die Fachschafter forderten die Aufhebung der Blockbindung.

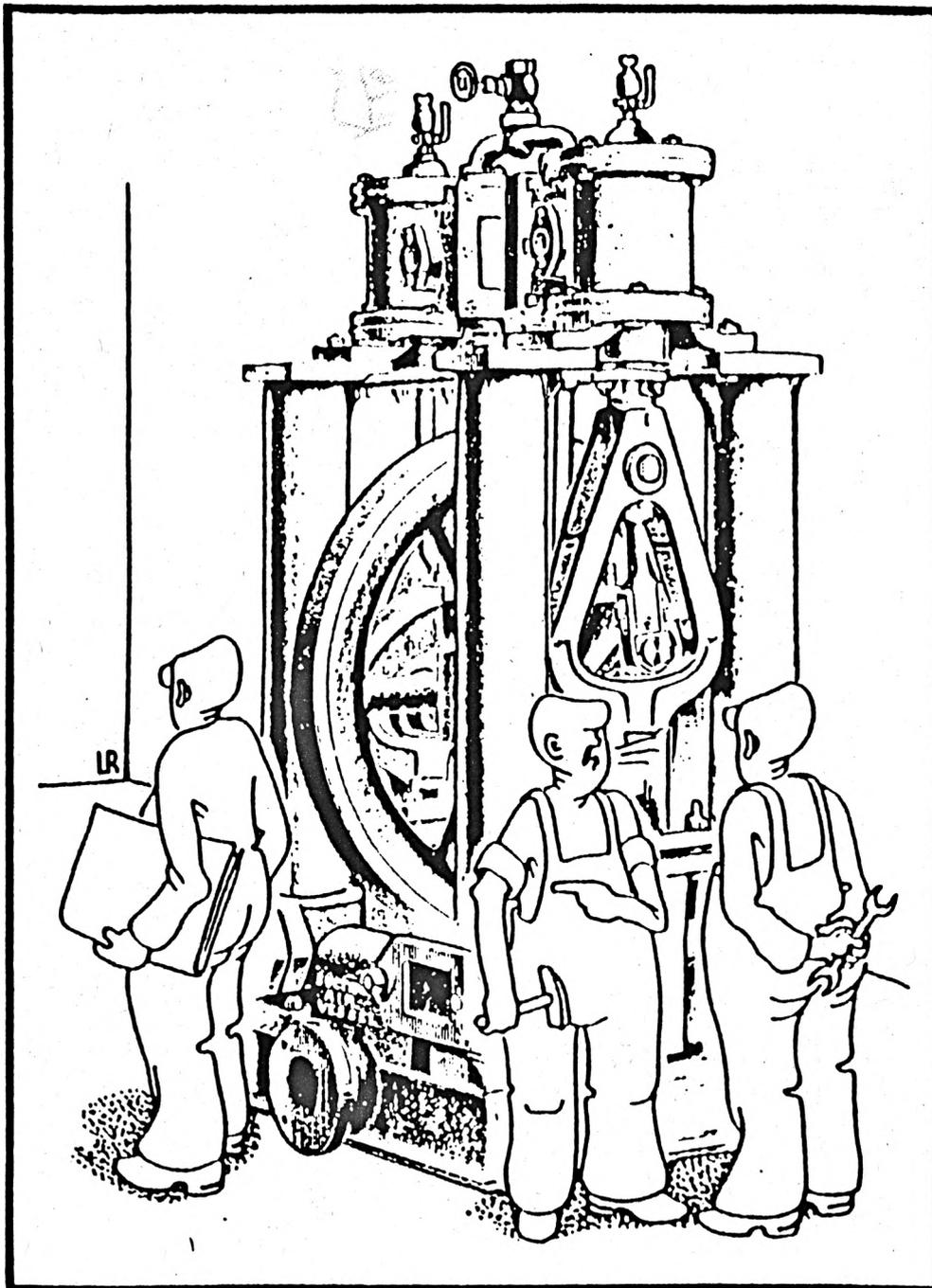
Auf der letzten Fachbereichssitzung des Jahres '86 wurde darüber heftig diskutiert. Die Notwendigkeit einer Übergangsregelung wurde von einigen Professoren eingesehen (Freie Wahl für die, die VWL oder BWL im Grundstudium hörten ohne daß die Regelung im Hauptstudium bekannt war). Aber die Diskussion zeigte auch, daß eine gewisse Angst da war, dem Fachbereich 1 (stellt die Serviceleistung Wirtschaftswissenschaften) vor den Kopf zu stoßen. Man konnte sich zwar nicht auf die generell freie Wahl, wohl aber auf eine Zweijahresübergangsregelung einigen. Im Protokoll dieser Sitzung war dann wenig später allerdings zu lesen, daß der studentische Antrag abgelehnt worden sei! Aber hallo - fand da irgendwo noch eine für studentische Fachbereichsräte nicht öffentliche Fachbereichssitzung statt?

Auf der ersten Sitzung im neuen Jahr wurde dann von Studentenseite auf den Fehler im Protokoll hingewiesen. Der Wortlaut entspreche ja wohl nicht ganz dem tatsächlichen Verlauf der letzten Sitzung. Dies wurde dann auch schön artig im neuen Protokoll aufgenommen (aus Fehlern lernt man) und der Dekan

wurde beauftragt, über Übergangsregelungen mit dem Dekan des Fachbereichs 1 zu verhandeln. Was dabei rauskam hängt am Dekanat aus.

Hier ganz kurz der Inhalt:

Studierende, die vor dem Wintersemester 86/87 ihr Studium im Studiengang Maschinenbau aufgenommen haben können aus allen 4 Blöcken Ihr Fach für die Wirtschaftswissenschaft frei wählen.



Mehr als Karriere habe ich den bei uns noch nicht machen gesehen!

Vom erfolgsorientiert eingekauften Professor

Qualität

Qualität und dann erst 'mal ein langes Stück gar nichts ist ein Prinzip der deutschen Wirtschaft und wer der Hochschulzeitung "THD-Intern" glauben schenkt, erwartet im Hochschulalltag dieses Prinzip häufig wiederzufinden. Das Qualitätsniveau der THD sollte sich offenbaren in der Manier wie die Dienstleistung "Vorlesung" von den Dienstleistungsverkäufern "Professoren" dargeboten wird.

Ein Beispiel: Professor Bäumel hielt im Sommersemester '86 seine Vorlesung "Schadenskunde" und hatte aufgrund von Feiertagen und einer Dienstreise nur neun Vorlesungstermine. Als wollte er ein neues Wirtschaftswunder allein auf seinen Schultern tragen, legte er sich dafür ordentlich ins Zeug: Nach 15 Vorlesungsminuten rann gewöhnlich sein Schweiß und die Hemdzipfel fanden ihren Weg über den Hosenbund. Doch nichts half: In der Eile beschränkte sich sein Satzbau meist auf Verben und Substantive, die schnell auf die Tafel gezeichneten Diagramme waren eher wüst im Joseph-Beuys-Stil und zur Herausgabe eines Skriptums konnte er sich noch nicht durchringen.

Es überrascht nicht, daß seine verschämten Blicke ins Publikum Seltenheitswert hatten.

Vielmehr in Sachen Selbstvertrauen war bei Professor Hohenberg (Verbrennungskraftmaschinen) zu lernen. Er malte einen Omega-Popo auf die Tafel, lachte in die Zuhörerschaft und präzisierte, er wolle sich auf die Technik beschränken, das Wesentliche hole er hinterher aus dem Playboy.

Immer noch Qualität?

Unabhängig davon, wie die Arbeit vieler Professoren beurteilt wird, ist eines sicher festzustellen: Die Dienstleistung "Vorlesung" wird in typischer "Hard-Seller" Manier abgesetzt. "Hard Seller" sind harte Verkäufer die bei dem Geschäftsvorgang Dienstleistungsproduktion-Dienstleistungskonsum das Nutzenschwergewicht mit allen denkbaren und möglichen Methoden auf die eigene Seite bringen wollen.

Diesem Angebot- und Machtmonopol der Lehrveranstaltungsanbieter stehen die Studenten auf den ersten Blick hilflos gegenüber; das kann sich ändern wenn sie sich ihrer wichtigen Position als Dienstleistungseinkäufer bewußt und zu "hard-buyern" werden.

Im Wirtschaftswissenschaftlerjargon sieht das so aus: Dem "hard-seller" Professor steht der Student gegenüber, der zum "hard buyer" wird, wenn er gelernt hat anstelle von Preisen Kosten einzukaufen.

Er bekommt seine angestrebte Note nicht, indem er nach Gutdünken des Professors entsprechend viel gearbeitet hat, sondern er plant eine bestimmte Anzahl von Arbeitsstunden und macht den Dozenten oder Assistenten klar, daß er dafür die von ihm angestrebte Note verdient. Oder ein wenig abstrakter:

"Der Einkäufer (Student) hat darzulegen, daß er, wenn seine Leistungen auf dem Markt erfolgreich sein sollen, nur zu bestimmten Preisen wird anbieten können und daß deshalb die Leistungen des Lieferanten (Professor) in einem äquivalenzziffernmäßig bestimmten Verhältnis zum Gesamtkostenpreis des Erzeugnisses stehen müssen." (Maschinenmarkt Nr. 22/86).

Entfeinerung!

Man könnte einwenden, daß dadurch ein "catch as catch can" entsteht. Es muß dies nicht sein. Allerdings hat Ministerpräsident Lothar Späth in seinem Buch "Wende in die Zukunft" darauf hingewiesen, daß es kaum noch ein deutsches Produkt gibt, welches so attraktiv ist, daß es ruhig und mit geringer Mühe vom Schreibtisch aus verkauft werden kann.

Seltsamerweise geschieht der Verkauf des deutschen Produkts "Hochschullehre" noch immer nach Prinzipien, die jedem Staubsaugervertreter vor Rührung die Tränen in die Augen treiben müßten.

Die Qualität der Ausbildung besteht am FB 16 oft nur als Gerücht oder ^{als} probandistischer Klimmzug. Wenn sie doch irgendwo manifest wird, äußert sie sich in akribischer Präzision und Funktionen welche überhaupt nicht und aus keinem realen Grund notwendig sind.

Der Dienstleistungsabnehmer, in unserem Fall die Studenten, betreibt auf diese Weise einen geradezu unerklärlichen, freiwilligen Gewinnverzicht. Dies zu ändern ist für Studenten eine der Aufgaben in kommenden Semestern.

In Regelungstechnik alles geregeltoder: Ist der Student eine Störgröße ?

Der kometenhafte Aufstieg begann vor nicht einmal einem Jahrzehnt. Mittlerweile ist es - nach der neuen Ausführungsbestimmung - Pflichtfach. Doch es scheint, als ob diese Entwicklung selbst für das Institut überraschend kam. Das hat für uns Studenten einige mißliebige Konsequenzen:

- Die Klausurenkorrekturen dauern sehr lange. So wußten im Wintersemester 86/87 die Studenten erst $2\frac{1}{2}$ Wochen vor der Diplomprüfung vom 10.02.87, ob sie überhaupt zugelassen waren. Und für die Korrektur der Diplomklausur vom 10.03.87 (45 Teilnehmer) brauchte der Lehrstuhl $4\frac{1}{2}$ Wochen!
- Übung und Vorlesung sind unzureichend aufeinander abgestimmt. Es kommt immer wieder vor, daß die Übung der Vorlesung vorgreift, oder gar ergänzenden Stoff behandelt. Viele Aufgaben stammen von Prof. Isermann (RT-Professor bei der Elektrotechnik), dessen Vorlesung 6 statt 4 SWS umfasst.
- Es ist praktisch unmöglich, Regelungstechnik und Flugmechanik im selben Semester zu hören, da die Termine der Tests bzw. der Abschlußklausuren im WS 85/86 nur einen Tag auseinander lagen und relativ spät bekannt wurden. Zu spät, um das Semester noch umzuplanen!

Man hoffte auf Änderung der Terminplanung und sie sollte auch folgen. Im WS 86/87 sollten die Regelungstechnik- und die Flugmechanikabschlußklausur am gleichen Tag stattfinden, was dann nachträglich auf zwei hintereinanderliegende Tage verteilt wurde. Also wieder alles beim alten. Die Vereinigung der beiden Fächer an einem Fachgebiet erscheint im Rahmen der heutigen Flugpraxis logisch. Erscheint es so unlogisch, daß einige Studenten Aufgrund der logischen Zusammenhänge diese beiden Fächer gleichzeitig hören wollen?

- Ein weiteres Indiz für die Überlastung(!?) des Instituts ist das Abhandenkommen von mehreren Diplomklausuren im letzten Prüfungszeitraum. Für die betroffenen Studenten war das sehr ärgerlich: Sie mußten sich einer neuen (mündlichen) Prüfung unterziehen.
- Ist es unbedingt nötig, das Recht auf Klausureinsicht nur auf dem Weg über das Dekanat wahrnehmen zu können? Es mag sein, daß das mit Blick auf die verschwundenen Klausuren jetzt so gehandhabt wird, aber andere Fachgebiete haben keine Probleme mit offiziellen Einsichtsterminen.

Sind Abhilfen in Sicht?

Einige Ärgernisse etwa die Terminplanung sind an sich leicht aus der Welt zu schaffen. Schwieriger wird die Sache mit der Klausurkorrektur. Grundsätzlich anzumerken ist, das die Arbeit nicht weniger wird, wenn man sie liegen lässt. Das Fachgebiet Maschinendynamik (auch Pflichtfach) bewältigt die Korrektur ohne HiWis und mit weniger Assistenten in $1\frac{1}{2}$ Wochen bis maximal 2 Wochen. Auch eine ähnlich gestaltete Klausureinsicht wie in Maschinendynamik wäre wünschenswert.

Verschwundene Klausuren sind für Studenten und Institut eine ärgerliche Sache. Vor allem weiß man hinterher immer wie man alles vermeiden hätte können. Deshalb hier nur ein Satz:

Das Einrichten eines Korrekturzimmers mit Zutritt nur für die Korrektoren kann das Risiko des Diebstahls und des Verschlammens minimieren.

Schließlich sollte man den Zusammenhang zwischen Vorlesung und Übung beachten. Es genügt nicht, den Stoff in der Vorlesung knapp vorzustellen, in der Übung dann sehr viel weiterführende Aufgaben zu behandeln, um dann in den Klausuren Aufgaben zu stellen, die über das Fach Regelungstechnik hinausgehen und in die Schwingungslehre weisen (z.B. sich aufschaukelnde "Regel"kreise).

ARBEITER URINIERT:

MILLIONENSCHADEN

LONDON (dpa) Weil einem Bauarbeiter am Atomkraftwerk Hinkley Point vor 25 Jahren der Weg zur Toilette zu weit war, müssen jetzt Reparaturen für rund 1,5 Millionen Pfund (4,5 Millionen Mark) ausgeführt werden.

Zwei Stahlröhren des Reaktors an der Küste Südwestenglands sind durch Verunreinigungen im Beton stark angegriffen. "Höchstwahrscheinlich hat jemand in die Röhren uriniert, als das Ding gebaut wurde", erklärte ein Sprecher des Energieunternehmens.

Das Kraftwerk muß für voraussichtlich zehn Tage stillgelegt werden.



Braunschweiger Zeitung

20.11.'86

Die Zeit heilt alle Wunden, oder
Ursache und Wirkung

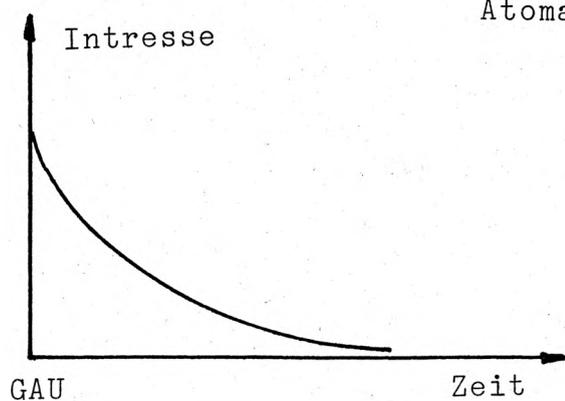
Die Ursache ist klar.

Ziemlich genau vor einem Jahr, am 26. April 1986, gab es einen GAU in einem Atomkraftwerk in der Sowjetunion, in Tschernobyl. Trotz der großen Entfernung vom Unglücksort sind auch wir unmittelbar betroffen. Neben zunächst unmerklichen Auswirkungen auf unsere Gesundheit durch die Einwirkung der radioaktiven Isotope breitet sich Angst in der Bevölkerung aus. Viele erkennen die Gefahr, in der wir durch den Betrieb von Atomkraftwerken schweben.

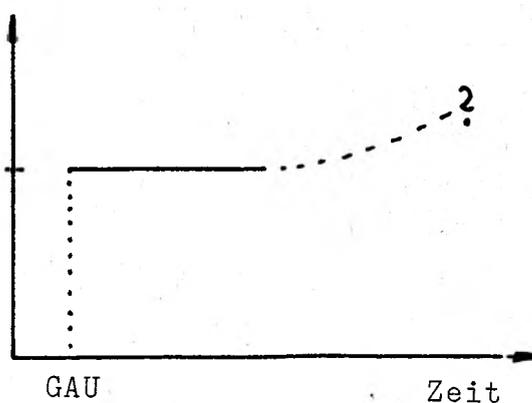
Es beginnen Diskussionen um die Wirkungen sogenannter "kleiner Strahlendosen" auf den Menschen und Diskussionen um die (energie-)politischen Konsequenzen.

Alles weitere verläuft dann etwa so:

Engagement



Atomanlagen



Krebsfälle
Mißbildungen

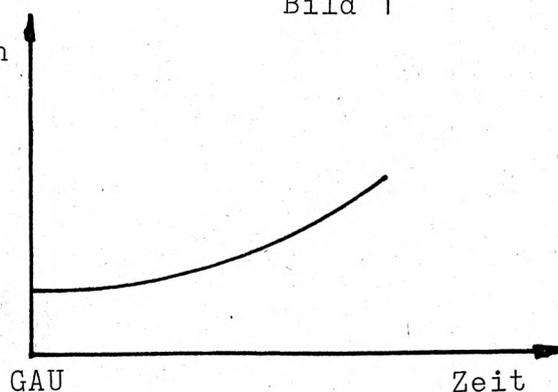


Bild 1

Bild 2

Bild 3

Die gewählte, auch dem Ingenieurstudenten verständliche Darstellungsform muß wohl nicht näher erläutert werden.

Beim Vergleich der Kurven fällt der unterschiedliche Trend in Bild 1 gegenüber den beiden anderen auf, außerdem strebt die Kurve in Bild 1 dem Grenzwert 0 zu.

Falls gewünscht, könnte der Leser die Zusammenhänge zwischen den dargestellten Kurven aufdecken.

Ebenso könnte es möglich sein, aus dem Dargestellten bestimmte Konsequenzen zu ziehen. Sowohl bei den Bundestagswahlen im Januar als auch bei den Hessenwahlen war wohl die Mehrheit der Bundesbürger ^{hierfür} schon zu weit in Richtung der positiven Abzisse in Bild 1 gerutscht.

Das zur Verfügung stehende Material ist selbstverständlich nicht ausreichend, um eine fundierte wissenschaftliche Studie durchzuführen. Wir sind daher gezwungen zu warten, bis weitere statistische Daten aus ähnlichen Zwischenfällen (Biblis, Ohu, Phillipsburg ...) vorliegen. Dann erst können wir vielleicht an eine nicht aus einer panischen Angststimmung heraus entstandene Entscheidung denken.

Gesetzt den Fall, wir überleben den nächsten GAU . . .

UdSSR studiert Krebsrisiko ^{Ar. 24. 87}

Breite Erhebung unter Bevölkerung der Region um Tschernobyl

MÜNCHEN, 8. April (dpa). Die Sowjetunion plant eine große Studie der Krankheitsverbreitung unter der Bevölkerung, die nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April vergangenen Jahres aus dieser Region in Sicherheit gebracht worden war. Dabei soll vor allem untersucht werden, ob für diese Menschen ein erhöhtes Krebsrisiko besteht. Mit ersten Ergebnissen wird aber wahrscheinlich erst in zehn bis 15 Jahren zu rechnen sein, sagt Professor Wolfgang Jacobi von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) in München auf einem Journalistenseminar über die Folgen von Tschernobyl.

Die Zeit bis zum Ausbruch einer Krebserkrankung nach einer höheren Strahlenbelastung kann nach Angaben des Wissenschaftlers sehr lang sein. Ein Anstieg der Leukämiefälle sei in Japan zum Beispiel erst rund zehn Jahre nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zu beobachten gewesen.

In der Bundesrepublik wird nach Jacobi

bis Angaben davon ausgegangen, daß durch die Strahlenwolke aus Tschernobyl hier etwa 100 bis 2000 Menschen zusätzlich an Krebs erkranken werden. Für Südbayern, das im Bundesgebiet am stärksten betroffen war, werde mit 30 bis 500 zusätzlichen Krebsfällen gerechnet. Zugleich bezeichnete der Strahlenexperte es jedoch als „völlig aussichtslos“, epidemiologische Studien über kleine Strahlendosen und Krebsrisiken zu machen. In Modellrechnungen gehe man zum Beispiel davon aus, daß bei einer Dosis von einem Rem – die natürliche Strahlenbelastung in der Bundesrepublik liegt zwischen 100 und 200 Millirem – unter 10 000 Menschen bis zu fünf zusätzliche Krebsfälle auftreten.

Im großen und ganzen sei die Strahlenbelastung in der Bundesrepublik durch Tschernobyl „eher klein“, meinte Jacobi. Das bedeute aber nicht, daß sie „vernachlässigbar“ sei. Tschernobyl dürfe nicht vergessen werden, ebensowenig wie die oberirdischen Atomwaffenversuche in den sechziger Jahren.

Nationale Erhebung - aber bitte ganz genau

Von Dietrich Kittner

Zur Volkszählung müßte eigentlich nur noch Artikel 1 des Grundgesetzes geändert werden: Die Würde des Menschen ist untastbar. Streng anonym natürlich: Die kleinste zusammengefaßte Zählereinheit ist eine „Blockseite“, also eine Straßenseite zwischen zwei Querstraßen; manchmal stehen da sicher 20 Häuser, manchmal nur drei. In unserer Blockseite - ich hab's schon mal privat gezählt - leben nicht ganz 40 Familien, schätzungsweise ca. 135 Menschen. Klar, daß ich da als konfessionsloser männlicher Kabarettist mit Geburtstag zwischen 25. 5. und 31. 12. 1935 (das alles muß ich u. a. nämlich angeben) in der Masse der anderen 50 konfessionslosen männlichen Kabarettisten, die alle wie ich zwischen Mai und Dezember 1935 geboren sind, statistisch untergehe! Oder? Die Anonymität der Zählung muß wohl in einer besonderen Blöhdheit der Volkszähler begründet liegen, denn die Post beispielsweise stellte mir bisher Briefe mit wirklich lückenhaften Anschriften wie etwa „An den linken Kabarettisten, Hannover“ anstandslos zu. Und die hatten weniger Daten. Aber auch bei nicht so exponierten Berufen ist die Lage kaum anders, denn selbstverständlich leben in jeder Straßenseite immer wenigstens je 50 Lokomotivführer, Damenfrisöre, Ärzte, Betriebschlosser oder Lehrer, bei denen überdies Geschlecht, Confession und Geburtshalbjahr übereinstimmen. Alles klar?

Dennoch könne ich Leute - nicht viele -, die wollen bei solch widernatürlichem Tun der Selbstentblöpfung mitmachen - aus Furcht vor den bis zu 10 000,- DM, die für Boykott oder unrichtige Angaben angedroht sind; wobei zumindest die Strafe für falsche Antworten angesichts der zugesicherten Anonymität ja logischerweise nur „gegen Unbekannt“ verhängt werden dürfte. Umgekehrt aber kann gerade die Höhe der Strafandrohung unerhörte Komplikationen für die geplante nationale Erhebung bedeuten. Und das geht so:

Angenommen, ich wäre während der Zählaktion zu Hause - unwahrscheinlich zwar, denn ich bin viel unterwegs, und manchmal will ich auch in Ruhe arbeiten, stelle die Klingel ab oder öffne nur guten Freunden auf ein vereinbartes Klingelzeichen. Angenommen aber, ich wäre da und öffnete dem/der Zähler/in. „Nein“, sag' ich erst mal, „Herr Kittner ist nicht zu Hause. Frau Kittner auch nicht. Und beide haben mir streng verboten, an der Haustür etwas anzunehmen. Hinterher hat man ein Zeitungsabo am Hals.“

Ich habe Grund zu dieser Notlüge. Die Zeitungen schrieben schließlich, viele verkappte Saboteure hätten sich freiwillig zu den Zählern gemeldet. Am Ende ist das so einer. Der überzeugt mich dann heimtückisch von der Notwendigkeit eines Zählungsboykotts - und ich sitze hinterher da mit dem Bußgeld. Und dann: Dieses Zählmeister - so stand es jedenfalls in den Gazetten - haben kostenlose Judokurse angeboten bekommen. Wenn es jetzt zu Meinungsverschiedenheiten über die Beantwortung der Fragen käme...

Also: „Herr Kittner ist nicht da. Wenn Sie mir jetzt etwas für ihn aufdrängen, kann ich nicht dafür garantieren, daß es ihn auch erreicht. Hier liegt soviel Papier rum. Da kann leicht was verloren gehen. Und auch aus

dem Hausbriefkasten verschwindet soviel. Nein, nein, versuchen Sie es halt ein andermal.“

Sagt der mir jetzt: „Aber Sie sind doch Herr Kittner!“ muß ich ihn natürlich sofort wegschicken - denn laut Durchführungbestimmungen sollen die Zähler die zu Befragenden ja nicht persönlich kennen. Fragt der/die mich jetzt trotzdem etwa: „Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt?“ und weist gar noch darauf hin, daß ich ihm/ihr die Frage laut Gesetz an der Haustür beantworten müsse, wird mir nichts bleiben als zu sagen: „Selbstverständlich füge ich mich dem Gesetz und werde gezwungenermaßen antworten. Nur heute, am 22. Mai, kann ich Ihnen natürlich doch noch nicht verbindlich erklären, ob nicht meine Frau, Tochter, Sohn oder gar ich selbst, eines Familienzwistes halber beispielsweise, bis zum 25. Mai noch ausziehen werden. Auch könnte noch jemand einziehen. Und ob bei uns jemand schwanger ist und kurz vor der Entbindung steht, muß ich Ihnen doch nicht sagen. Nein, das Risiko einer am Stichtag dann vielleicht falschen Antwort will ich angesichts der hohen Strafandrohung nicht eingehen. Versuchen Sie es halt am 25. direkt nochmal, oder später.“

Langer Rede kurzer Sinn - und so sag' ich es dem Zählkehlern dann auch: Ich wickle die Sache postalisch ab. Das altmodische Botensystem hat mir nämlich ebenfalls zu viele Risiken. Da kommt z. B. übermorgen teuflich lächelnd so ein falscher Typ von Saboteur harmlos „die Erhebungsbogen abholen“ - und ich seh hinterher alt aus, wenn ich dem echten Amtsträger drei Tage später erklären muß, daß ich einem Schwindler aufgesessen bin... Nein, ob man mir das Papier an der Wohnungstür doch aufdrängt, oder ob es nach der mir bei Postzustellungsurkunden zustehenden Frist von sechs Tagen beim Postamt abholen muß, ich bestehe aus Gründen der Anonymität und der Sicherheit auf meinem Recht, den Bogen per Post zurückzuschicken. Persönliche Abholung oder gar Beratung brauch' ich nicht (was weiß so einer schon über unsere Familie!) und in die Wohnung kommt mir ohne Hausdurchsuchungsbefehl sowieso niemand. Auch kein Zähler. Das ist ebenfalls mein gutes Recht.

Jetzt hab' ich also den Fragebogen, und sofort, aus o. a. Gründen allerdings frühestens am 25. 5., geh ich ran an die Sache.

Die Bögen soll man nicht knicken, lese ich da vielleicht als erstes, sonst sind die Computer geknickt. Verdamm, und ich Trottel hatte das wichtige Amtspapier gerade so besonders sorgfältig in der Brieftasche verstaut! Möglicherweise ist es auch schon geknickt angekommen, wer weiß das noch so genau? Nach mehrtägiger eingehender Überlegung schicke ich den Bogen sicherheitsshalber - man will ja gerade wegen der Strafandrohung nichts falsch machen - per Einschreiben zurück und bitte um baldmöglichste - postalische! - Zusendung eines neuen, ungeknickten Exemplars.

Zehn Tage später habe ich die neue Zustellungsurkunde, und sechs Tage danach (die Abholfrist!) sitze ich schließlich überglücklich vor dem neuen, nunmehr wunderbar glatten Erhebungsbogen. Schon aber stellt sich das nächste Problem. Jetzt bereits etwas geübt, setze ich flugs wieder einen Einschreibebrief auf: „Sehr geehrte Damen und Herren, der Gebrauchsanweisung für Ihren Bogen entnehme

ich, daß man denselben ausschließlich mit schwarzem Bleistift ausfüllen soll. Leider besitze ich kein solches Gerät. Nur rote, grüne und blaue. Darf ich ausnahmsweise auch diese benutzen? Sollte ich als Bundesbürger jedoch gesetzlich verpflichtet sein, schwarze Stifte zu besitzen, teilen Sie mir dies bitte unter Angabe der einschlägigen Gesetzesstelle mit. Ich werde mir dann selbstverständlich sofort einen kaufen. Gewähren Sie mir gegebenenfalls einen Zuschuß zur Anschaffung eines solchen? Oder stellen Sie mir - bitte postalisch - einen vorschriftsmäßigen Stift zur Verfügung? Bitte klären Sie mich um- und eingehend brieflich auf, damit ich jetzt endlich anfangen kann.“ Sollte ich darauf binnen 14 Tagen keine Antwort haben, mahne ich an, notfalls per Eilboten, damit nicht noch mehr kostbare Zeit verstreicht...

Schließlich ist alles soweit geklärt, daß ich jetzt wirklich ans Ausfüllen gehen kann. Aber was heißt hier: ich? Unsere Familie regelt Entscheidungen immer demokratisch in eingehenden Beratungen. Bei Stimmgleichheit wird ausgewürfelt. Schon aus grundsätzlichen Erwägungen lehnen meine Frau und ich die Institution des Haushaltsvorstandes ab. Andererseits: Wir können unsere Meinungsverschiedenheiten bezüglich der wichtigen Fragen im Erhebungsbogen doch nicht dem Knobelbecher überlassen! Was bleibt uns anderes, als der Behörde in getrennten Briefen (Emanzipation!) den Sachverhalt klipp und klar zu schildern?

Weil wir aber schon wissen, daß der deutsche Beamte seine wichtigste Aufgabe seit eh und je darin sieht, erst einmal Verdacht zu schöpfen, ist es zweckdienlich, ein paar aufklärende Worte dazuzusetzen: „Es tut mir leid, Sie wiederum mit einer Frage behelligen zu müssen. Natürlich bin ich jederzeit bereit, mich an jeder wichtigen Erhebung zu beteiligen. Angesichts der Höhe der Strafandrohung für unrichtige Angaben jedoch haben Sie sicher Verständnis dafür, daß ich kein Risiko eingehen will und mir außerdem ein schriftlicher - keinesfalls persönlicher oder telefonischer - Bescheid wichtig ist. Ich wäre dann abgesichert.“ Und weil es nun wirklich pressiert: „Darf ich Sie überdies bitten, die Sache dringlich zu behandeln! Meine Frau und ich treten in vier Tagen einen längeren Urlaub bis Mitte August an und wollen die Sache gern vorher vom Tisch haben.“ Das ist man dem Staat schuldig.

Möglicherweise werden daraufhin die Amtsbrüder angesichts der fortgeschrittenen Zeit - vor dem Urlaub haben sie es leider nicht mehr geschafft - jedem der in Betracht kommenden Teilnehmer des Frage- und Antwortspiels - und bei WGs z. B. könnte dies leicht ein halbes Dutzend oder mehr sein - einen eigenen Erhebungsbogen schicken. Denn sie wissen ja auch: Einen zum Zwangshaushaltungsvorstand zu machen, wäre - Männer und Frauen sind gleichverdächtig! - grundgesetzwidrig und damit juristisch klagefähig.

Blöb! Damit fangen die Probleme für eine richtige (und nur so straflose!) Beantwortung der Fragen erst mit voller Brisanz an. Viele Einschreibebriefe wird man schicken müssen, stets natürlich betonend, daß man die Sache schon machen will, nur eben angesichts des Strafrisikos genau. Viele - schriftliche! - zeitraubende Antworten der Behörde - noch dazu mit Zustellungsurkunde (damit man sie auch

wirklich bekommt) und den leider damit verbundenen Abholfristen werden nötig sein! Ist der Balkon mitzuzählen? Die Garage? Der Schuppen? Zählt der Freund unseres Sohns, der regelmäßig nach der Schule zum Essen kommt und häufig auch mal über Nacht bleibt, zu den Bewohnern? Manchmal fährt er ja auch mit in den Urlaub. Ist die Wohnung teilgewerblich genutzt, wenn ich mir Arbeit mit nach Hause nehme? Wie ist das mit Berufslektüre im Wohnzimmer? So viele Fragen, so viel Antworten... Mein Hauptproblem z. B. ist der Weg zur Arbeitsstelle. Die befindet sich nämlich mal in Basel (700 km), mal in Peine (35 km). Zum eigenen Theater sind es 6 km, vom Wohn- zum (gewerblichen!) Schreibzimmer gar bloß 3 m. Nach Zagreb oder Helsinki wieder 1000 km. Oder zählt Ausland nicht? Oder soll ich das arithmetische Mittel herstellen? Unter Berücksichtigung aller rechnerischen Größen - 220 Termine jährlich an ca. 130 verschiedenen Orten - wäre das eine ohne Computer kaum unter sechs Wochen zu bewerkstellende mathematische Aufgabe. Jeder Handelsvertreter kennt solche Probleme, und das Amt müßte das einsehen müssen, wenn ich es ihm - schriftlich! - plausibel mache. Die Statistik soll schließlich genau sein... Jeder, der seine eigene Situation mit den Volkszählungsfragen vergleicht, wird feststellen, daß er persönlich nicht unbedingt über den Frageleuten zu schlagen ist, daß viele Probleme - schriftlich und evtl. schön nacheinander - zu klären sind.

Zugegeben, die Sache ist zeitaufwendig, auch ein paar Märker für Porto sind wohl einzuplanen (vielleicht wäre ein Antrag auf Rückerstattung erwägenswert?). Aber was ist das gegen die Gewisheit, nach ca. zweieinhalb Jahren dann auch einen wirklich perfekt ausgefüllten Volkszählungsbogen vorlegen zu können - wenn mir nicht in der Freude über das gelungene Werk am letzten Tag morgens noch der Frühstückshonig darüber läuft. Ein Beinbruch wäre jedoch auch das nicht, denn die Behörde schickt nach solchem Mißgeschick, das statistisch gesehen im Laufe so langer Zeit in der Familie mal vorkommen kann, auf Einsendung des verklebten, unleserlichen Exemplars anstandslos ein frisches. Und dann kann ich die Sache erneut in Angriff nehmen. Wegen möglicher Gedächtnislücken - niemand muß besser sein als der Kanzler - würde ich mich dann natürlich mit dem Amt auf einen neuen Stichtag einigen...

Natürlich sehe ich die Gefahr, daß sich gewissenlose Saboteure in böser Absicht mein Straf- und Risikominderungssystem zunutze machen werden. Die Gefahr des gelegentlichen Mißbrauchs jedoch scheint unerheblich im Vergleich zum Risiko, das BRD-Volk in eine Nation von Straffälligen, weil unrichtig Antwortenden zu verwandeln.

Ein bürgernaher Staat, der viel fragt, muß im Zweifelsfall auch sich viel fragen lassen. Sollten die Zählmeister das nicht einsehen, wird jeder Richter sie belehren, daß dem Bürger, der unter Strafandrohung Fragen genau beantworten soll, auch das Recht zusteht, diese genau präzisiert, irrtumssicher gestellt zu bekommen. Vorausgesetzt natürlich, die bundesdeutsche Justiz schaffe es, auch nur 500 000 zu erwartenden Anträgen auf mündliche Verhandlung in Bußgeld-entscheidungsverfahren vor Ablauf der Verjährungsfrist stattzugeben...

Wofür braucht der Staat das Volksverhör?

In der Bundesrepublik finden wie in allen anderen westlichen Industriestaaten tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Veränderungen statt.

In der Produktion und Verwaltung wird durch den Einsatz der neuen Technologien umfassend »flexibilisiert«, was vor allem für die Arbeitskräfte schwerwiegende Auswirkungen hat: Abbau von Stammbeschäften, Entwertung von Qualifikationen, Anpassung der Arbeitszeiten an eine optimale Maschinenausnutzung oder an einen optimalen Betriebsbedarf, häufiger Wechsel von Arbeitsplatz und Beruf, Erfordernis starker regionaler Mobilität, Zunahme der Zeitarbeit usw. Und gleichzeitig wird das »soziale Netz« immer mehr zerlöchert, indem die soziale Versorgung und Absicherung sowie die Folgen gesundheitlicher Schädigungen durch Umwelt und Beruf immer mehr »privatisiert«, d. h. auf den Einzelnen und seine Familie abgewälzt werden; sie haben damit in zunehmendem Maße systembedingt verursachte Risiken auszubaden.

Der hierfür maßgebliche Einsatz der Elektronischen Datenverarbeitung (EDV), der zum großen Teil die Ursache der strukturell bedingten Massenarbeitslosigkeit ist, hat aber noch eine weitere bedeutsame Folgewirkung: Die EDV gewährleistet nämlich die Verwaltung dieser gesellschaftlichen Flexibilität. Sie steuert die zunehmende Aussonderung von Menschen aus der staatlich garantierten sozialen Versorgung. Sie reguliert das Aussondern aus dem Arbeitsleben. Dabei



wird es erforderlich, einzelne Bevölkerungsgruppen immer präziser datenmäßig zu erfassen und ständig zu überwachen. Ihr privater und öffentlicher Lebenslauf muß dazu immer genauer erfaßt und als »soziales Gruppenproblem« eingeschätzt werden: z. B. in industrieschwachen Regionen mit zahlreichen noch unverheirateten jungen Arbeitslosen eine mobile Rekrutierungsmöglichkeit für kurzzeitige und flexible Arbeitsinsätze irgendwo in der Bundesrepublik; oder die Risikoeinschätzung der Krankenversicherungen für besonders Krebsgefährdete in Wohngebieten mit hoher Smog-Belastung.

Denn Ziel von Staat und Wirtschaft ist es, mit Hilfe der Blockseite »... ein vielfältiges Strukturbild der Bevölkerung bis hinein in tiefe regionale Gliederungen zu gewinnen« (Hessisches Statistisches Landesamt zur Begründung des Volkszählungsgesetzes). Die »Masse Mensch« in der Bundesrepublik soll »analysiert«, »fortgeschrieben«, »aufbereitet«, »vorausgeschätzt«, in allgemeine »Kategorien aufgegliedert«, »sozio-ökonomisch betrachtet« werden.

Die große Masse der hierbei zu verarbeitenden Daten stammt allerdings nicht aus der Volkszählung selbst. Sie werden z. B. gespeichert durch die Krankenkassen, die Renten- und Pensionskassen, die Arbeitsämter, die Schufa (Schutzgemeinschaft der Kreditinstitute und der kreditgebenden Wirtschaft) oder durch Personalinformationssysteme in Betrieben und Verwaltungen. Durch die ganz legale Zuordnung dieser massenhaft anfallenden Daten zu den Blockseiten-Daten der Volkszählung durch Computerprogramme gewinnen auch sie Aussagekraft für lokale und regionale Auswertungen. Diese neuen Datenverknüpfungsmöglichkeiten lassen sich gegenwärtig nach Art und Umfang noch gar nicht im einzelnen abschätzen.

Die Volkszählung 87 findet überdies in einem politischen Umfeld weitgesteckter Ziele der Datenerfassung und -verknüpfung statt:

Der Einzelne soll für sein gesamtes Leben und in nahezu jedem Lebensbereich durchsichtig gemacht werden. Hierin liegt z. B. der Hauptgesichtspunkt bei dem neuen maschinenlesbaren Personalausweis, der ab April dieses Jahres eingeführt werden soll. Denn bei jeder Personenkontrolle erfolgt eine Anfrage bei den Datenbanken der staatlichen Sicherheitsbehörden, und diese Überprüfung selbst kann als »Vorgang« gespeichert werden. Durch den sog. Schleppnetzparagraphen ist seit Frühjahr 1986 eine solche aktuelle Sammlung und zusätzliche Speicherung breiter Bevölkerungsteile außerdem legalisiert worden.

Durch das neue Gesetz zu ZEVIS (Zentrales Verkehrs-Informationssystem) verfügen jetzt auch die Polizeibehörden über einen Direktanschluß zu diesem Register aller Kraftfahrzeughalter und Führerscheininhaber in Flensburg.

Zu den Vorhaben, mit denen der Staat Kritik an seinen Maßnahmen und Widerstandsformen gegen ihre Durchsetzung zu brechen versucht, gehören unter anderem:

- Die Sicherheitsgesetze, die darauf abgestellt sind, die Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und Polizei wie zwischen 1933 und 1945 wieder zu legalisieren, aber auch andere Institutionen wie



normale Behörden als deren Datenlieferant einzuspannen.



- Die Staatsschutzgesetze, die unter anderem jede öffentliche schriftliche oder mündliche Äußerung unter Strafe stellen, die »die Bereitschaft anderer fördert«, eine »gegen den Staat gerichtete Tat zu begehen« oder andere dazu »anleitet«. Das heißt nichts anderes als eine Zensur jeder kritischen Äußerung zu den staatlich verordneten Maßnahmen.
- Die Notstandsplanung, für die die flächendeckende Erfassung von Personen und Objekten – z. B. Ärzte, Krankenschwestern, Arbeitskräfte, betriebliche Einheiten, Geräte, Fahrzeuge usw. – Voraussetzung ist. Im März dieses Jahres finden hierzu wieder im Rahmen der Natogeneralstabsübungen WINTEX/CIMEX (Winter Exercise/Civil Military Exercise) Schreibtischübungen statt, an denen öffentliche Verwaltungen bis hinunter in einzelne Gemeinden beteiligt werden. Daß es sich bei diesen Übungen keineswegs nur um Kriegsvorbereitung handelt, sondern um den »normalen« Krisenfall, zeigt der seit 1977 auf der Grundlage der Notstandsgesetze immer stärker vorgenommene Einsatz von Bundesgrenzschutz und anderen Sonderkommandos bei Demonstrationen der Anti-Atomkraft- und der Friedensbewegung.



Der Staat ergreift also immer mehr Maßnahmen, die den Bürger zur »Disziplin« gegenüber den Regierungen und Wirtschaftsunternehmen verpflichten sollen. Somit führen diese und weitere Kontrollen in der Tendenz zu einer »Formierung« der Gesellschaft: Jeder, der nicht für die als Verteidigung definierte Rüstung, für die Atomkraftwerke, für die chemische Großindustrie ist oder auch nur nicht reibungslos in den Mechanismen dieser Gesellschaft funktioniert, wird automatisch als Systemgegner betrachtet.



gläserner Statistik

Anonyme Bürger

Jurist sieht Rechtsfehler auf Volkszählungsformularen

Wn FRANKFURT A. M., 29. März. Weil auf den Formularen für die im Mai geplante Volkszählung eine nicht mehr gültige Rechtsgrundlage – das Bundesstatistikgesetz von 1980 – angegeben ist, sei es fraglich, ob die Befragung überhaupt durchgeführt und ob die Bußgeldandrohungen gegen Antwort-Verweigerer durchgesetzt werden können. Zu diesem Ergebnis kommt nach Angaben des Sozialistischen Büros in Offenbach eine »gutachtenähnliche Stellungnahme« des Jura-Professors Wilhelm Steinmüller (Universität Bremen), die in der April-Ausgabe der Zeitschrift »links« veröffentlicht wird.

Demnach würde die geplante Volkszählung in mehreren Punkten gegen zentrale Anforderungen des Verfassungsgerichtsurteils und damit gegen das Grundgesetz verstoßen. Neben anderen Punkten verweist Steinmüller auf eine »fehlende Normenklarheit« durch eine falsche Angabe der Rechtsgrundlage für den Zensus auf den Fragebögen. Das Sozialistische Büro faßt diesen Vorwurf so zusammen: »Das Volkszählungsgesetz 1987 bildet zusammen mit den Vorschriften des Bundesstatistikgesetzes von 1980 eine ‚Vollzugseinheit‘. Seit kurzem gilt jedoch das Bundesstatistikgesetz 1987. Auf den Formularen wird aber als Rechtsgrundlage das Statistikgesetz 1980 angegeben, also eine ungültige Norm.«

Steinmüller hält auch Bußgeldandrohungen gegen Volkszählungsverweigerer und die Strafdrohung gegen Boykottaufrufe für unwirksam, weil die Formulare hierzu auch auf die Bußgeldvorschrift von 1980 verweisen. Sie gelte zwar nicht mehr, doch könnten sich Betroffene wegen ihrer Nennung auf den Fragebogen auf sie berufen.

FR. 30.3.87



Nach dem Stichtag

Die Türen zu öffentlichen Gebäuden öffnen sich per maschinenlesbarem Ausweis. Worte wie Versammlungsfreiheit (z.B. Demos gegen Bafög-Kürzung) gibt's nicht mehr. Gefragt ist der Mensch in Uniform, unpolitisch, eine maschinenlesbare Nummer. Dieser "Gutdenker" ist jederzeit über verkabelte Fernseher erreichbar und mit dem gebotenen Programm und den kleinen Freuden des Alltags (z.B. Lottospielen) zufrieden.

Es gibt den neuen Zeitgeist: Ja, zu allem JA, (das ist keine Werbung für eine Illustrierte) fröhliche Mienen zum Spiel, alles andere ist Geschichtsbrechchen.

Welche Computersysteme müssen noch installiert, welche Karteien angelegt, welche Daten gesammelt werden, bis wir wieder 1984 haben? Maschinenlesbarer Ausweis und Paß, Volkszählung, Sicherheitsgesetze- So langsam dürfte wohl klar werden, daß dieser Staat nicht aus den Leuten besteht, die hier leben.

Warum müßte er sich sonst vor seinen Bürgern schützen?

Bei der Volkszählung hat frau/man mal die Möglichkeit zu zeigen, was von solchen Sachen zu halten ist! Am effektivsten durch BOYKOTT.

Wem es nur um den eigenen Datenschutz geht, dem stehen natürlich noch andere Möglichkeiten offen. Eine Volkszählungsanleitung in Form eines Flußdiagramms (die möglichen rechtlichen Schritte) gibt's in der Fachschaft.

P.S.: Natürlich sind die oben aufgeführten Gründe nicht vollständig. Weitere Informationen in Form eines Heftchens bei:

Asta oder

Infoladen, Frankfurterstr. 70

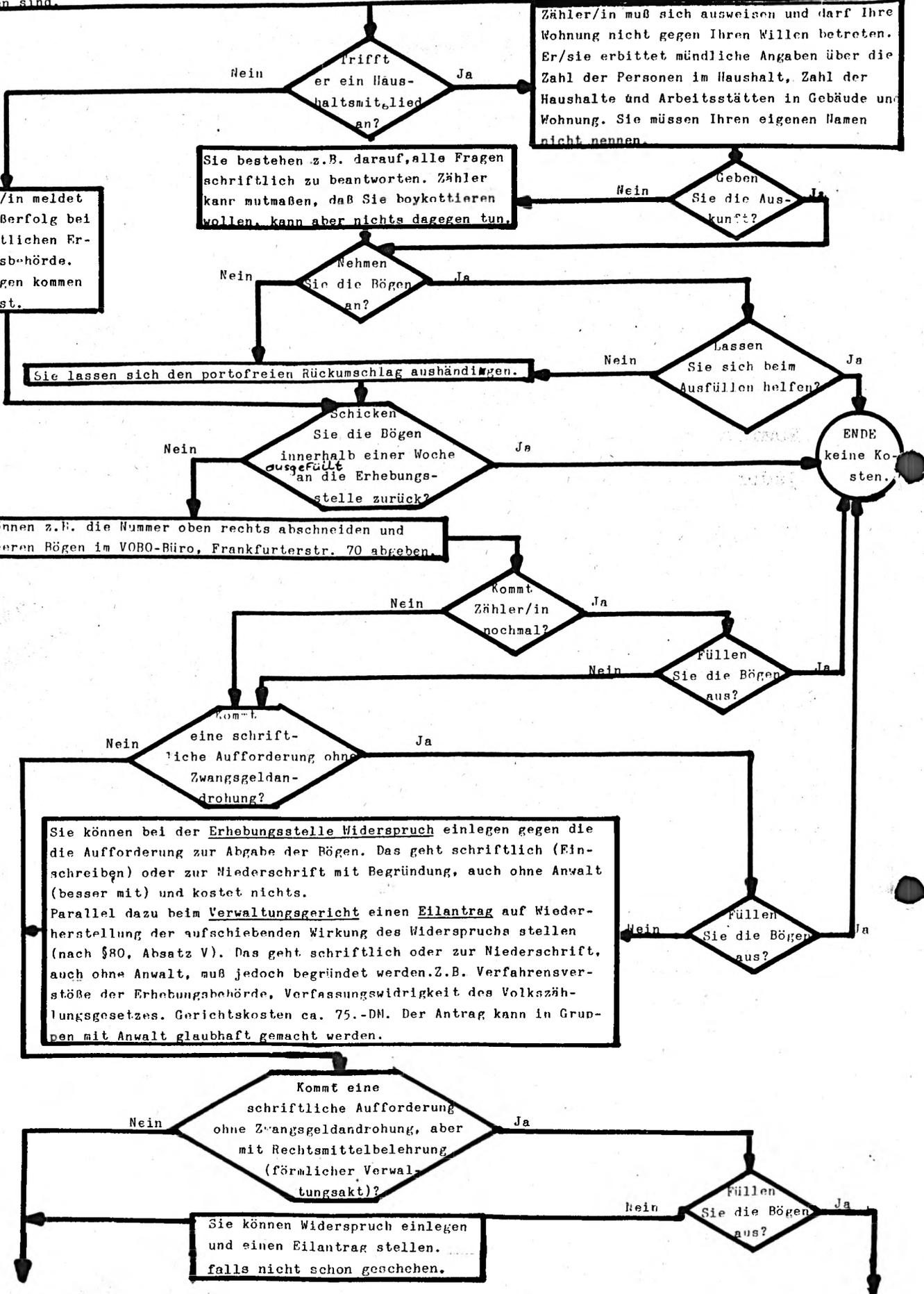


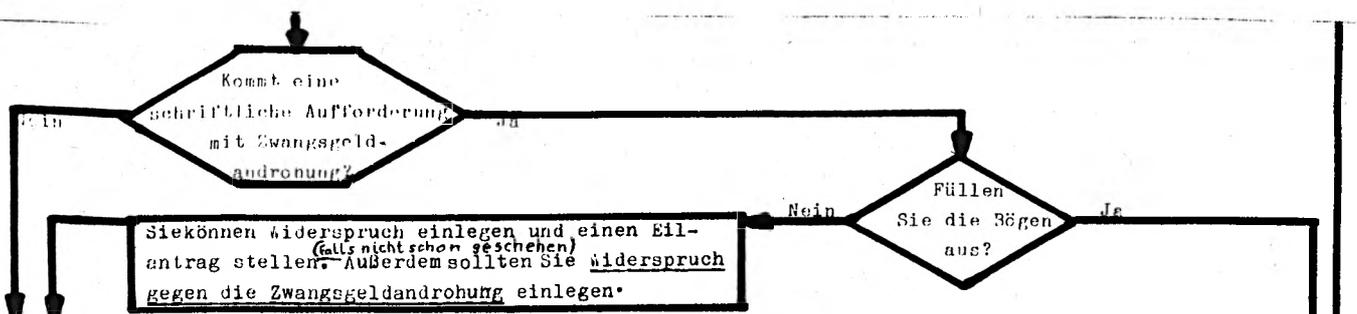
Zähler/in kommt. Er/sie hat bereits einen Auszug aus dem Melderegister. Versucht mindestens 3x Sie persönlich anzutreffen. Ruft evtl. vorher an, um einen Termin auszumachen oder fragt Ihre Nachbarn, wann Sie am besten zu erreichen sind.

Zähler/in muß sich ausweisen und darf Ihre Wohnung nicht gegen Ihren Willen betreten. Er/sie erbittet mündliche Angaben über die Zahl der Personen im Haushalt, Zahl der Haushalte und Arbeitsstätten in Gebäude und Wohnung. Sie müssen Ihren eigenen Namen nicht nennen.

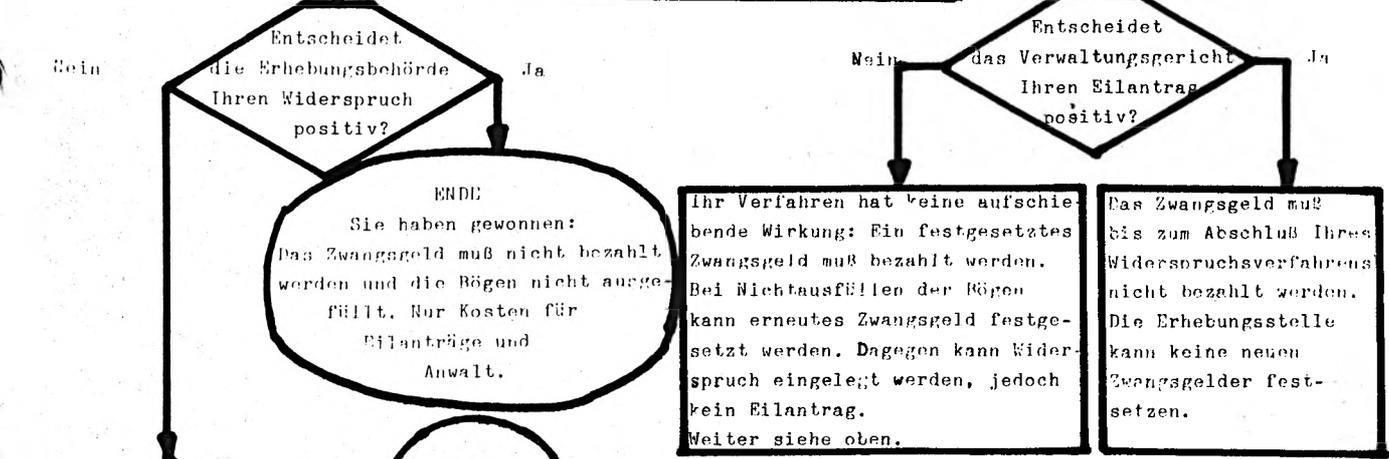
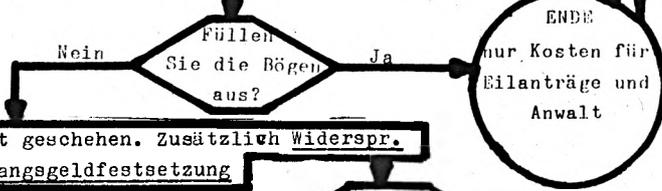
Sie bestehen z.B. darauf, alle Fragen schriftlich zu beantworten. Zähler kann mutmaßen, daß Sie boykottieren wollen, kann aber nichts dagegen tun.

Zähler/in meldet den Mißerfolg bei der örtlichen Erhebungsbehörde. Die Bögen kommen per Post.

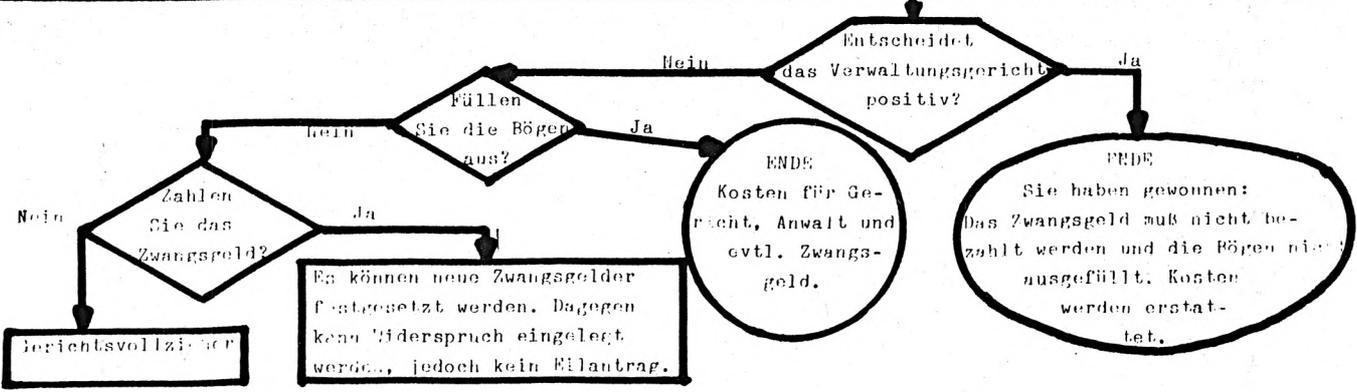




Es kommt eine schriftliche Aufforderung mit Zwangsgeldfestsetzung. Zwangsgelder sind Mittel, eine bestimmte Handlung, zu erzwingen und liegen zwischen 3.- und 3.000.-. Sie können wiederholt in steigender Höhe festgesetzt werden, bis die Handlung erfolgt ist. Sie müssen in einem angemessenen Verhältnis zum Zweck stehen. Das erste Zwangsgeld dürfte nach vorsichtiger Schätzung ca. 100.- betragen.



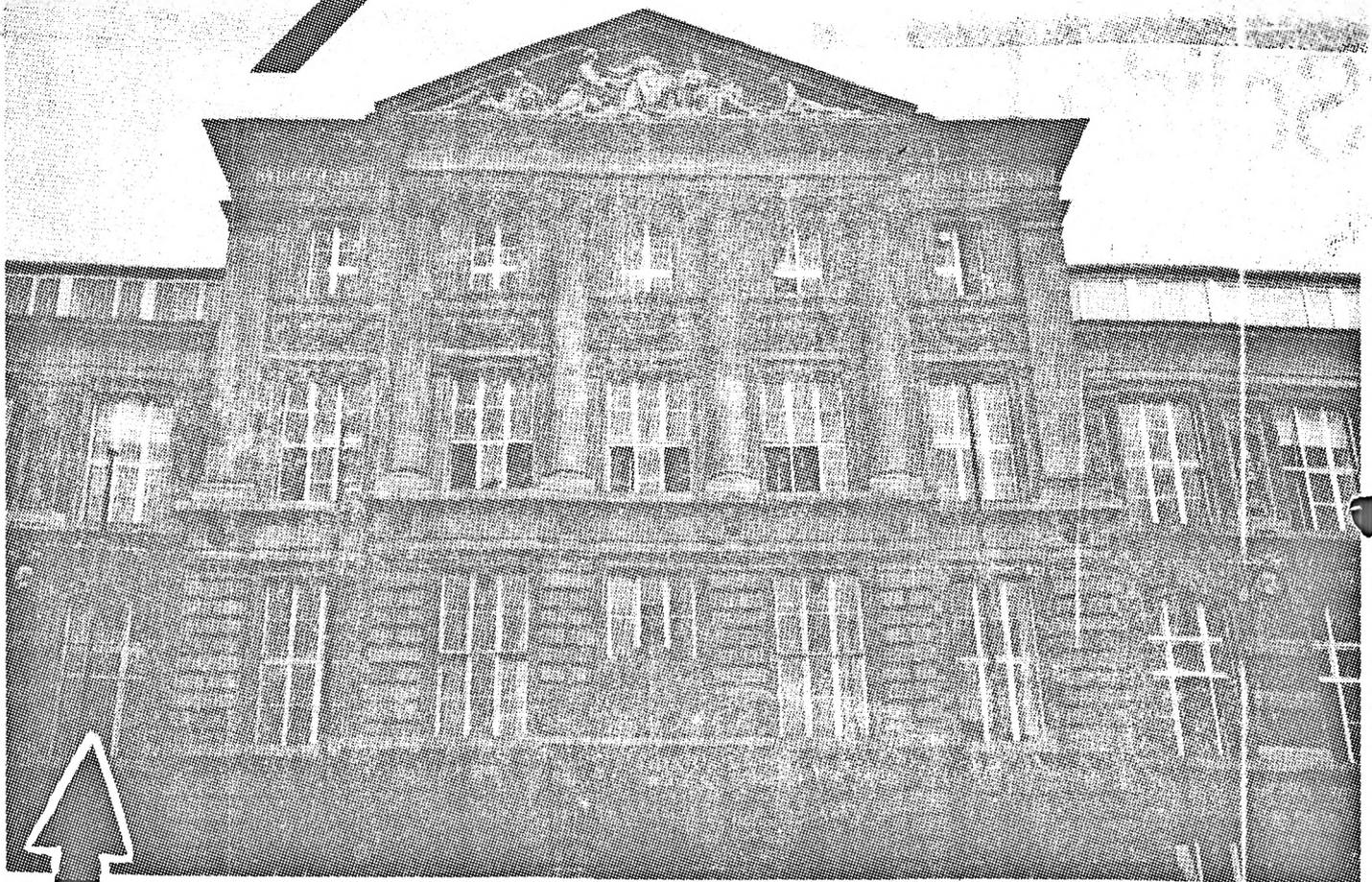
Sie können gegen den Widerspruchsbefehl der Erhebungsbehörde Klage beim Verwaltungsgericht einlegen. Frist: 1 Monat. Gerichtskosten ca. 75.-. Auch ohne (besser mit) Anwalt. Das Verfahren kann sich sehr lange (u.U. 1 bis 2 Jahre) hinziehen. Die Klage kann zurückgenommen werden. Es entstehen dann außer Anwaltskosten keine Kosten.



Parallel dazu kann ab der ersten nachprüfaren Weigerung ein Bußgeld gegen Sie verhängt werden. Das Bußgeld kann zwischen 5.- und 10.000.- betragen. Zu erwarten ist ein Betrag bis 200.-, da dann keine Rechtsbeschwerde eingelegt werden kann. Es muß der Größe des Verstoßes und dem Einkommen angepaßt sein, es gilt nicht als Vorstrafe. Gegen den Bußgeldbescheid kann bei der erlassenden Behörde Einspruch eingelegt werden. Er sollte so früh wie möglich begründet werden.

WICHTIG: Aufgrund unklarer Gesetzesverhältnisse kann es sein, das überhaupt kein Bußgeld verhängt wird!!

*Wo andere
anfangen zu schwitzen,
fangen wir Hessen an zu denken.*



Technische Hochschule in Darmstadt

Es gibt Menschen, die geraten angesichts der großen wirtschaftlichen, technologischen und ökologischen Probleme unserer Zeit ins Schwitzen. Dann rufen sie nach dem Staat, der eingreifen und subventionieren soll.

Wir Hessen verhalten uns vor Problemen anders: Wir fangen an zu denken. Dafür haben wir große Technologiezentren eingerichtet – in Kassel, in Darmstadt, in Frankfurt. In Hessen arbeiten fünf berühmte Hochschulen mit hoher Forschungsintensität und praxisnahen Kontakten zur Industrie.

Ebenfalls praxisnahe Rahmengesetze und gezielte Förderungshilfen geben der not-

wendigen Umstrukturierung und Modernisierung unserer Wirtschaft die Impulse. Wir sorgen für innovationsfreundliche Infrastrukturen. Wir verbessern mit geeigneten Maßnahmen die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Arbeitnehmern und Unternehmern. Wir haben die Hochschulausgaben erhöht. Wir tragen bei zur Versöhnung von Arbeit und Umwelt.

In Hessen ist ein neues schöpferisches Geistespotential entstanden. Kein Wunder, daß in Hessen die meisten technologieorientierten Unternehmen gegründet werden. Qualitatives Wachstum schafft quantitatives.

Unter unserem Himmel gedeiht alles. Und in Hessen hat jeder eine Chance.

*Aber nur
mit der
Fachschafte
MS*



Hessen ist Qualität.